

FH-VS-01 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Täuschung, Trickserien und Betrug – viele Menschen werden auch im Jahr 2017
2 noch zu oft über den Tisch gezogen. Während US-amerikanische VW-Kunden
3 angemessene Entschädigungen für manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche
4 Kunden leer aus. Datenkraken und mächtige Internetkonzerne sammeln unsere Daten
5 und dealen damit ungefragt. Hinter bunten Verpackungen und Fake-Siegeln verbirgt
6 die Lebensmittelindustrie ungesundes Essen von teils minderer Qualität.

7 Verbraucherschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von
8 der ersten Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als
9 Grüne schützen wir Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-
10 Trickserien und Missbrauch von Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr
11 gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte: So sieht grüner Verbraucherschutz
12 aus.

13 Nachhaltigen Konsum ermöglichen

14 Ob T-Shirt, Steak oder Smartphone: Woher ein Produkt kommt, was es enthält und
15 wie es produziert wurde, bleibt viel zu oft im Dunkeln. Wer will schon mit
16 seinem Einkauf für Kinderarbeit, verseuchte Flüsse oder Tierqual verantwortlich
17 sein? Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen
18 Mindeststandards. Es muss klar sein, was in einer Verpackung steckt. Nur wenn
19 draufsteht, was drin ist, hat nachhaltiger Konsum eine Chance.

20 Für Fleisch und Milch wollen wir eine einfache Kennzeichnung einführen, die klar
21 und deutlich zeigt, wie das Tier gehalten wurde – so wie bei Eiern längst
22 etabliert. Diese muss auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können
23 Konsument*innen Tierquäl*innen und Umweltzerstörer*innen die rote Karte
24 zeigen.

25 Kundinnen und Kunden werden entmündigt, wenn unverständliche Nährwertangaben
26 Dickmacher verschleiern oder vegetarische und vegane Lebensmittel unklar
27 gekennzeichnet sind. Wir wollen, dass die Lebensmittelpackung die Wahrheit sagt,
28 beispielsweise durch eine Nährwertampel.

29 Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten. Wir wollen ein
30 Hygienebarometer für Gaststätten einführen. So können Verbraucherinnen und
31 Verbraucher erkennen, wie ein Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung
32 abgeschnitten hat.

33 Für Kleidung, Lebensmittel und Möbel existiert derzeit ein undurchsichtiger
34 Siegel-Dschungel. Zwischen nichtssagender Industrierwerbung und einem
35 kontrollierten Qualitätssiegel lässt sich schwer unterscheiden. Man muss teils
36 Sherlock Holmes spielen, um herauszufinden, wo und wie etwas produziert wurde.
37 Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer Branchen.

38 Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir Grünen uns
39 für Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien wie
40 „fair“ oder „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass ein Siegel pro
41 Sektor echte Orientierung gibt.

42 Viele Verbraucher*innen und Verbraucher wollen nachhaltig und ressourcenschonend
43 konsumieren. Doch Produkte zu reparieren, ist oft sehr schwer oder wird sogar
44 unmöglich gemacht, wenn etwa Akkus fest verschweißt werden. Updates werden nicht
45 mehr zur Verfügung gestellt, Kabel passen nicht mehr. So wird technologischer
46 Fortschritt zum ökologischen und verbraucherpolitischen Rückschritt. So
47 entstehen Müllberge aus Elektronikschrott. In Zukunft müssen Produkte so gebaut
48 sein, dass sie einfach zu reparieren und Akkus und Batterien austauschbar sind.
49 Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und längere
50 Gewährleistungsfristen sicherstellen.

51 Von VW bis Facebook – Verbraucherrechte gelten im Netz wie auf der Straße

52 Bisher gibt es in Deutschland keine finanziellen Entschädigungen für die von VW
53 Betrogenen. Anders in den USA, wo es ein starkes Gruppenklagerecht gibt, das
54 auch mächtige Konzerne zur Einhaltung ihrer Verantwortung zwingt. In Deutschland
55 dagegen ist es für Einzelne oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur
56 Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften,
57 Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Wir wollen endlich Gruppenklagen
58 ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen.

59 Der Dieselskandal hat gezeigt, dass Verbraucher- und Gesundheitsschutz für die
60 Bundesregierung allenfalls zweitrangig gegenüber der Diesel-Lobby ist. Wir
61 brauchen eine Kehrtwende. Staatliche Aufsichtsbehörden müssen endlich auch den
62 Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu ihrem Ziel machen. Sie müssen
63 sich dafür starkmachen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher voll entschädigt
64 werden, wenn sie über den Tisch gezogen wurden. Unrechtmäßig erzielte Gewinne,
65 beispielsweise durch Kartellverstöße, sollen den Verbraucherinnen und
66 Verbrauchern zurückgegeben werden, indem aus diesen Mitteln die unabhängige
67 Verbraucherberatung gestärkt wird.

68 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Netz stärken und schützen
69 Wir akzeptieren nicht, dass Google, Facebook, WhatsApp und Co. unsere
70 persönlichsten Informationen horten und exakte Persönlichkeitsprofile von uns
71 anlegen. Wer im Internet unterwegs ist, hat das Recht, zu wissen, an wen seine
72 oder ihre Daten weitergegeben werden, und muss dagegen widersprechen können.
73 Gesundheitsdaten müssen auch digital geschützt werden. Auch in Zeiten von Big
74 Data müssen unsere Daten uns gehören. Wir wollen die Kontrolle über unsere Daten
75 zurück. Die Grundsätze des Datenschutzes – Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung
76 und Datensparsamkeit – müssen auch online konsequent durchgesetzt werden.

77 Die Menschen müssen sich auf ihr Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und
78 Löschung ihrer Daten verlassen können. Sie müssen entscheiden dürfen, wer welche
79 Daten sammeln und auswerten darf.

80 Algorithmen bestimmen heute, wer wie viel zahlt, welche Werbung angezeigt wird
81 und welche Kreditbedingungen wir bekommen. Je nach Wohnort oder Endgerät sind
82 manche Produkte unterschiedlich teuer. Gegen versteckte Ausspähung und
83 Diskriminierungseffekte braucht es klare Regeln - für Transparenz und
84 Verbraucherschutz im Digitalen.

85 Besserer Schutz vor Abzocke durch Banken und Versicherer

86 Fünf Euro fürs Geldabheben an fremden Automaten, überhöhte Gebühren für
87 Basiskonten, unverhältnismäßige Dispozinsen und unzureichende Beratung bei
88 Vermögensanlagen und Versicherungen. Finanzieller Verbraucherschutz ist dringend

89 notwendig, schützt vor Abzocke und steht für eine bessere Beratung: vom ersten
 90 Konto über Anlageberatung bis zur Altersvorsorge.

91 Die finanziellen Verluste durch falsche Anlageberatung werden jährlich für die
 92 deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher auf ca. 50 Milliarden Euro geschätzt.
 93 Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Irrsinn, sondern beraubt Sparer*innen
 94 und Versicherte und zerstört im schlimmsten Fall Existenzen. Doch trotz aller
 95 Versprechungen der Großen Koalition stehen dabei immer noch nicht die
 96 Bedürfnisse und Wünsche der Kundinnen und Kunden im Vordergrund, sondern
 97 Verkaufsvorgaben und Provisionsversprechen für die „Berater“. Deshalb werden wir
 98 Provisionen und Gebühren deckeln und transparent machen. Unser Ziel, eine
 99 wirklich unabhängige Finanzberatung auf Honorarbasis für alle, wollen wir nach
 100 einer angemessenen Übergangszeit erreichen. Aber auch da, wo es nicht um die
 101 großen finanziellen Fragen des Lebens geht, sind Verbraucherinnen und
 102 Verbraucher den Instituten oft schutzlos ausgeliefert. Dispozinsen von zwölf
 103 Prozent und mehr sind keine Ausnahme. Wir Grünen wollen, dass kein Bankkunde in
 104 die Dispozinsfalle läuft. Deshalb werden wir den Dispozins deckeln. Ebenso muss der
 105 Zugang zu einem günstigen Basiskonto sichergestellt sein, denn gesellschaftliche
 106 Teilhabe hängt heute auch von der eigenen EC-Karte ab. In der Altersvorsorge
 107 wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative zum
 108 Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen.

109 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

110 _____ -
 111 _____

112 Wissen, was drin ist - Tierprodukte kennzeichnen

113 Kein Ei mit der 3! So lautet der Spruch der wohl erfolgreichsten
 114 Tierschutzinitiative aller Zeiten. Seit die Haltungsform der Legehennen
 115 gekennzeichnet werden muss, ist nämlich Schluss mit der Käfighaltung. Die
 116 Käufer*innen haben „mit dem Einkaufsbeutel“ abgestimmt. Wir sind sicher: Das
 117 wird auch bei Fleisch funktionieren. Deshalb fordern wir eine klare und einfache
 118 Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf allen Fleischprodukten – wie beim Ei.
 119 Damit Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden können, müssen
 120 sämtliche Tierprodukte gekennzeichnet werden. Auch bei verarbeiteten Produkten
 121 soll die Packung besagen, was in ihr steckt. Künftig muss daher auf der Packung
 122 gut sichtbar sein, wo und wie die Tiere gehalten wurden – das gilt für Eier,
 123 Milch und Fleisch.

124 _____ -
 125 _____

126 Datenschutz ausweiten - Privatsphäre wahren

127 Datenhungrige Unternehmen speichern individuelles Verhalten ihrer Kund*innen und
 128 nutzen diese Daten zur Profilerstellung. Die bestehenden Schutzmechanismen wie
 129 das Prinzip der Einwilligung laufen dabei ins Leere. Alle Verbraucherinnen und
 130 Verbraucher haben das Recht, zu wissen, wer was wann und wo über sie speichert.
 131 Nur sie selbst – kein Arbeitgeber, kein Internetanbieter, keine Krankenkasse und
 132 auch nicht der Staat – dürfen bestimmen, wer Zugriff auf ihre Daten hat und was
 133 damit geschehen soll. Wir werden darauf drängen, dass bei der Anpassung der
 134 deutschen Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform die hohen EU-Standards

135 für klare Grenzen von Sammlung und Verwertung persönlicher Daten und
136 Informationen nicht aufgeweicht werden.

137 _____ -
138 _____

139 Gruppenklagen für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen

140 Der Fall VW hat einmal mehr deutlich gemacht. Es ist für Verbraucherinnen und
141 Verbraucher zu schwer, ihre Rechte wirksam durchzusetzen. Viele überlegen
142 zweimal, ob sie den Aufwand auf sich nehmen ihre Rechte gerichtlich gegen einen
143 Großkonzern durchsetzen. Wir wollen das einfacher machen. Verbraucherinnen und
144 Verbraucher sollen sich zu Gruppenklagen zusammenschließen und gemeinsam durch
145 Gruppenklagen ihre Ansprüche klären können.

146 _____ -
147 _____

P-01 Präambel

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Liebe Bürgerinnen und Bürger,

2 am 24. September ist Bundestagswahl. Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben,
3 haben wir eine Bitte an Sie: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen
4 Sie wählen. Treten Sie mit uns für die Werte ein, die unser Land und Europa
5 stark gemacht haben, die uns weit über Partei- und Ländergrenzen hinweg
6 verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und Mitmenschlichkeit.

7 Diese Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Nun erleben wir, wie
8 sie hierzulande, in Europa und vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt
9 werden. Radikaler Nationalismus kehrt zurück. Die ökologische Krise spitzt sich
10 zu. Europa ist in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Viele
11 Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen und Krisen. Diese Bundestagswahl ist
12 wichtig, vielleicht historisch.

13 Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch
14 für alle gilt, und damit es auch anderswo besser wird, müssen wir uns jetzt
15 entscheiden: gegen weitere Umweltzerstörung und für eine soziale und ökologische
16 Modernisierung unserer Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft.
17 Gegen ungebremstes Profitstreben auf Kosten des Zusammenhalts und für eine
18 Politik, die in unsere Infrastruktur und in die Zukunft investiert. Gegen
19 Hassprediger und Nationalismus und für ein Europa, das nach innen
20 zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt.

21 Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden
22 werden. Wir nicht. Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise
23 stellt sich der Menschheit die Existenzfrage, nicht weniger. Mit der Krise
24 Europas und dem Rückfall in den Nationalismus stellt sich die Frage des Friedens
25 und der Bedingungen für ein gutes Leben. Durch die globale Ungleichheit stellt
26 sich die Frage nach fairer Verteilung des Wohlstandes durch fairen Handel. Es
27 sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch unser
28 Zusammenleben und unseren Alltag.

29 Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir
30 können so wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die
31 Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine
32 Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in
33 der jede und jeder eine Chance bekommt, und selbstbestimmt die eigenen Ziele
34 verfolgt. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass weltweit Fluchtursachen
35 bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und Digitalisierung
36 sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können unser
37 Leben besser machen, wenn wir den Rahmen setzen und die Regeln bestimmen.

38 Es wäre die Aufgabe der Großen Koalition gewesen, diese Herausforderungen
39 anzugehen. Sie hat es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien CDU, CSU und
40 SPD verfolgen längst nur noch ihre eigenen Interessen. Während die Koalition
41 erschöpft ist wachsen die Probleme. Statt den Raubbau an der Umwelt zu stoppen,
42 blockiert sie beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab und verpasst die
43 Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Sie ruht sich auf der derzeit guten

44 Wirtschaftslage aus, statt sie für den sozialen Zusammenhalt und mehr
45 Chancengleichheit zu nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie
46 zunehmend rechten Stimmungen nach. Auf neue Bedrohung reagiert sie mit immer
47 schärferen Gesetzen, anstatt mit kühlem Kopf gezielt Probleme zu lösen. Mit
48 ihrer Politik setzt sie eine gute Zukunft aufs Spiel.

49 Die Große Koalition lähmt unser Land und stärkt vor allem den rechten Rand im
50 politischen Spektrum unserer Gesellschaft. Frust wächst, die Stimmung wird
51 aggressiv und der Ruf nach einer harten Hand kommt selbst aus der Mitte der
52 Gesellschaft. In Großbritannien hat solch eine Stimmung das Land aus der EU
53 herausgesprengt und in den USA einen gefährlichen Narzissten an die Macht
54 gebracht. Damit es bei uns nicht auch so weit kommt, braucht es jetzt echte
55 politische Alternativen und eine neue, positive Dynamik.

56 Es gibt guten Grund für Mut und Zuversicht. Millionen Bürgerinnen und Bürger
57 haben in den vergangenen Jahren geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und
58 eine neue Heimat zu bieten. Hunderttausende sind aufgestanden gegen eine
59 neoliberale Handelspolitik, die Profite für Großkonzerne über das Wohl der
60 Menschen und der Umwelt stellt. Überall arbeiten Unternehmer*innen und
61 Tüftler*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern
62 eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für sie
63 und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.

64 Wir wollen Deutschland wieder zum ökologischen Spitzenreiter machen. Wir sind
65 die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die
66 letzte, die etwas dagegen tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-
67 ökologisches Modernisierungsprojekt. Mit allem was wir haben kämpfen wir für
68 Klimaschutz: Wir machen die Energiewende wieder flott, steigen aus der Kohle
69 aus, fördern das abgasfreie Auto. Wir gestalten eine innovative Wirtschaft, die
70 mit "Öko – Made in Germany" Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft
71 entwickelt und jede Menge neue Arbeitsplätze schafft. Wir machen Schluss mit
72 industrieller Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen. Mit uns
73 gibt es gutes Essen ohne Gift und Gentechnik.

74 Wir kämpfen für ein gerechteres Land. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen
75 Chancen hat, – gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher
76 Hautfarbe. Für uns kommt es nicht darauf an wo jemand herkommt, sondern wo
77 jemand hin will. Sicher werden nicht alle Chefärztin oder Chefarzt, aber alle
78 sollen es werden können. Auch ein Kind aus Aleppo soll in unserem Land seinen
79 Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden. Wir sorgen dafür,
80 dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, dass Schulen intakt sind und
81 Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Wir finden uns nicht damit ab,
82 dass bei uns, in einem der reichsten Länder der Erde, jedes fünfte Kind in Armut
83 lebt.

84 Wir wollen ein Netz sozialer Sicherheit, das bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und
85 im Alter für alle da ist und das den Menschen auch die Zuversicht gibt, Neues zu
86 wagen.

87 Wir kämpfen dafür, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern hier zahlen und
88 die Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen, um ihren Vorständen obszöne
89 Gehälter und Abfindungen zu zahlen. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum
90 gerecht geteilt wird, damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch
91 gut finanzieren können: Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Pflegeheime und

92 Krankenhäuser, Straßenbahnen und Busse genauso wie schnelles Internet überall im
93 Land.

94 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können. Das ist eine
95 Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann,
96 wen er will. Eine Gesellschaft, in der Frauen für ihre Arbeit genauso gut
97 bezahlt werden wie Männer, in der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremem Gewalt
98 und Kriminalität schützen, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben. Wir streiten
99 dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und
100 Gewalt sind, Schutz und Heimat bietet. Das Zusammenleben von Menschen
101 verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt
102 auch allen etwas ab. Deshalb stärken wir das Band, das unsere Gesellschaft eint
103 und zusammenhält. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine
104 Toleranz der Intoleranz.

105 All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa. Europa ist ein Ort des
106 Friedens und der Freiheit geworden. Das ist nicht selbstverständlich. Weil
107 Europa unsere Heimat und unsere Zukunft ist, werden wir es mit aller Kraft gegen
108 Nationalismus verteidigen. Nur wenn wir in einem starken Europa
109 zusammenarbeiten, können wir helfen, die Konflikte in unserer Nachbarschaft zu
110 lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen in Afrika vermindern.
111 Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und
112 Verantwortung übernehmen, statt sich mit Grenzzäunen abzuschotten und die
113 Rüstungsspirale zu beschleunigen. Nur mit einem solidarischen Europa können wir
114 Mensch und Umwelt besser schützen. Und wenn wir Banken und Großkonzerne auf das
115 Gemeinwohl verpflichten wollen, wenn wir dem globalen Kapitalismus wirklich
116 ökologische und soziale Zügel anlegen wollen, damit die Wirtschaft den Menschen
117 dienen kann, dann geht das nur mit einem starken Europa.

118 In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und
119 Minister, Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden
120 Problemen. Dort machen wir uns auf: für eine tier- und umweltfreundliche
121 Agrarpolitik, für Klimaschutz, ob bei der Energieversorgung oder beim Verkehr,
122 für mutige, innovative Unternehmen, für gute Schulen und eine starke Polizei.
123 Grün wirkt.

124 Doch für viele Veränderungen braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns
125 Grünen. Wir wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir elf
126 Umweltministerinnen und -minister. Aber so wie es für den Atomausstieg einen
127 Grünen Bundesumweltminister brauchte, braucht es für die Agrarwende, wieder
128 Grüne in der Bundesregierung. Unser Land ökologischer, weltoffener, gerechter
129 machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung. Dafür
130 treten wir an!

131 Politik ist nicht machtlos. Sie verändert Wirklichkeit. Zukunft wird aus Mut
132 gemacht. Jeden Tag. Welche Entwicklung unser Land nimmt, liegt in unser aller
133 Hand. Verteidigen wir unsere Werte, leben wir sie gemeinsam! Wir werden manches
134 ändern, anderes neu voran bringen. Helfen Sie uns, zu erhalten, was in unserem
135 Land wertvoll und wichtig ist und zu verbessern, was besser werden muss.

136 Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen. Manchmal braucht es Umwege
137 und Kompromisse. Manchmal braucht es Widerstand und Kontroverse. Wir wissen auch
138 nicht für alles schon die Lösung. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir

139 beschreiben sie Ihnen mit diesem Programm. Für andere Ziele gibt es andere
140 Parteien.

141 Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, weltoffene und
142 gerechte Zukunft. In eine gute Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere
143 europäischen Nachbarn und für Menschen anderswo in der Welt. Lassen Sie uns
144 diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24. September 2017 für BÜNDNIS 90/DIE
145 GRÜNEN!

UK-01 Umwelt im Kopf

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Das Klimaabkommen von Paris ist ein Meilenstein für die Rettung unseres
2 Planeten. Wir haben das Wissen, die Technik und den Erfindergeist, um die
3 Klimakatastrophe noch abzuwenden. Wir stehen deshalb jetzt vor einer
4 Entscheidung, die unser Leben und das Leben unserer Kinder prägen wird. Kämpfen
5 wir um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder sägen wir weiter an
6 dem Ast, auf dem wir sitzen. Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD
7 oder auf schmutziges Öl wie Trump und Putin? Oder brechen wir auf in ein neues,
8 grünes Zeitalter?

9 Wir wollen anpacken: Denn Hochwasser, Dürren und das Ansteigen des
10 Meeresspiegels sind keine fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Täglich.
11 Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts
12 um etwa weitere vier Grad wärmer. Wir sind dabei, mit unserer Art zu
13 wirtschaften unsere Lebensräume zu zerstören – von den Regenwäldern über unser
14 Grundwasser und unsere Böden bis hin zu den Weltmeeren. Und wir verursachen ein
15 neues Artensterben, das unsere Umwelt ärmer und zerbrechlicher macht.

16 Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen. Die
17 Kriege und Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre wären nur ein laues Lüftchen
18 gegenüber dem Sturm, der kommenden Generationen drohte. Uns geht es darum, zu
19 verhindern, dass blinder Wachstumsglaube und ungebremstes Profitstreben unseren
20 einzigartigen Planeten zerstört. Wir wollen dafür eine Wirtschaft, die mit der
21 Umwelt statt gegen sie arbeitet, die nachhaltigen Wohlstand für alle ermöglicht.
22 Frieden, Sicherheit und ein gutes Leben für alle können wir in Zukunft
23 erreichen, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, statt sie
24 weiter zu zerstören.

25 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, ist das gleichzeitig auch eine große Chance
26 und der richtige Weg für unser Land in eine lebenswerte Zukunft, die Wohlstand
27 und Sicherheit für alle schafft.

28 Auf diesen Weg haben sich längst viele Menschen und Unternehmen gemacht. Und
29 schon einiges erreicht. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten Wälder
30 geschützt, Abgase und Schadstoffbelastungen reduziert und wertvolle Arten
31 gerettet. Bürgerinnen und Bürger schließen sich zusammen und erzeugen Strom
32 durch Wind, Sonne und Wasser, Ingenieurinnen und Ingenieure tüfteln an
33 Elektrofahrrädern und E-Autos. Architektinnen und Bauarbeiter bauen Häuser, die
34 mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Es sind viele, die davon
35 profitieren: Hunderttausende, die ihr Geld mit Erneuerbaren Energien verdienen –
36 vom Stahlarbeiter bis zur Installateurin. Genauso ganze Wirtschaftszweige, die
37 mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und schon heute die Märkte von morgen
38 erschließen.

39 Wir werden jetzt die nächsten Schritte der ökologischen Modernisierung gehen.
40 Wir machen eine Wirtschaftspolitik mit ehrgeizigen Zielen, die den Unternehmen
41 zwar etwas zumutet, aber gerade durch Innovationen neue Möglichkeiten eröffnet,
42 Planungssicherheit schafft und neues Wissen und neue Technologien fördert. Wir
43 wollen einen fairen Wettbewerb, der die Folgekosten umweltschädlichen Handelns
44 nicht weiter der Allgemeinheit aufbürdet. Das bedeutet: Die Unternehmen, die den

45 Weg in die ökologische Erneuerung gehen, unterstützen wir. Wir werden aber auch
46 weiterhin mit den Lobbyverbänden und den Unternehmen den Konflikt austragen, die
47 ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen.

48 Wir werden unsere Wirtschaft, unseren Verkehr, sowie unsere Energie- und
49 Lebensmittelproduktion konsequent auf grünes Wirtschaften und grüne Technologien
50 umstellen. Mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem
51 Kohleausstieg und dem Umstieg auf Elektromobilität. Mit dem Ausstieg aus der
52 industriellen Massentierhaltung und der Förderung einer menschen-, umwelt- und
53 tiergerechten Landwirtschaft.

54 Klima- und Umweltpolitik sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade
55 diejenigen, die wenig haben, leben in Vierteln mit hoher Luftverschmutzung oder
56 großer Lärmbelastung. Global sind es die Ärmsten, die von der Umweltzerstörung
57 besonders betroffen sind – obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Die
58 Kleinbauern in Afrika, deren Land verdorrt, die Waisenkinder, die auf
59 hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühlen. Dagegen tun
60 wir etwas: Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die ruinösen Subventionen für
61 den Export von europäischen Lebensmitteln in alle Welt und stoppen die
62 Überfischung vor Afrikas Küsten.

63 Wir sorgen dafür, dass es bei Umwelt- und Klimaschutz gerecht zugeht. Wo Jobs,
64 zum Beispiel in der Kohleindustrie, verloren gehen, kümmern wir uns schon heute
65 um gute soziale Absicherung und neue Jobperspektiven. Wo Preise endlich die
66 ökologische Wahrheit sagen, sorgen wir mit besseren Löhnen und angemessenen
67 Sozialleistungen dafür, dass die Preise auch von allen bezahlt werden können. Um
68 eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu ermöglichen, werden wir unsere Art
69 zu leben und zu wirtschaften so verändern, dass wir die ökologischen Grenzen
70 unseres Planeten respektieren. Ökologische Politik bedeutet für uns
71 Gemeinwohlorientierung, Teilhabe und Verantwortung für kommende Generationen zu
72 fördern. All das ist es, was wir mit der sozial-ökologischen Transformation
73 angehen wollen.

74 Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist unsere gemeinsame Herausforderung. Wir
75 können das schaffen. Dort wo das alte Denken nur den eigenen Besitzstand im
76 Blick hat, sehen wir die Chancen der ökologischen Modernisierung. Chancen auf
77 sauberes Wasser und Luft, auf gesundes Essen, auf unzerstörte Naturlandschaften,
78 auf neue Jobs und Innovationen, auf ein gutes und friedliches Leben auf unserem
79 blauen Planeten.

UK-ET-01 [Eigenes TS-Kapitel]neu Wir sorgen für echten Tierschutz und ein Ende der Tierquälerei

Gremium: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 18.04.2017

1 Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere
2 empfinden Schmerzen, Leid und Angst ebenso wie Freude und Empathie. Deshalb
3 kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen zu schützen. Das
4 Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich
5 mit Leben gefüllt werden.

6 Tierschutzgesetz, Tierrechte und deren Umsetzung

7 Der Tierschutz in Deutschland braucht anwendbare Gesetze und in unserem
8 Rechtsstaat eine handlungsfähige Exekutive. Das Tierschutzgesetz ist neu zu
9 fassen, weil es dem im Grundgesetz festgeschriebenen Schutz der Tiere nicht
10 gerecht wird. Einen entsprechenden Entwurf haben wir in der letzten
11 Legislaturperiode in den Bundestag eingebracht. Wir fordern als Teil des neuen
12 Tierschutzgesetzes ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutz- und
13 Tierrechtsorganisationen und eine*n Bundestierschutzbeauftragte*n einzusetzen.

14 Leitlinien sowie Gutachten zu Anforderungen an die Haltung von Tieren in allen
15 Haltungsformen wollen wir überarbeiten und in die Tierschutzgesetzgebung
16 überführen. Zur Umsetzung des Tierschutzgesetzes sollen Bundesmittel
17 bereitgestellt werden, mit deren Hilfe die Personalsituation in den
18 Veterinärbehörden auf Länderebene und in den Kommunen verbessert wird. Veraltete
19 Verwaltungsvorschriften werden mit uns den Tierschutz nicht weiter behindern.

20 Tierversuche beenden

21 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei
22 sind Menschen und Tiere so verschieden, dass die gewonnenen Erkenntnisse nur
23 bedingt auf den Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur
24 Anwendung, wenn sie im Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher nicht
25 nur ein ethisches Problem, sondern auch ein wissenschaftliches. Wir wollen einen
26 zügigen Ausweg aus Tierversuchen, sind uns aber bewusst, dass die Umsetzung nur
27 langfristig gelingen wird, wenn wir Tierversuche überflüssig machen. Darum
28 fördern wir verstärkt tierfreie Alternativmethoden und die dafür nötige
29 Infrastruktur an den Universitäten wie Personal und Laboreinrichtung. Wir setzen
30 uns in Regierungsverantwortung auch in Europa dafür ein, dass vorhandene
31 tierfreie Methoden rechtlich schneller anerkannt werden, und lassen den
32 Tierversuch als Goldstandard auf den Prüfstand stellen. Wir werden die
33 Möglichkeiten des EU-Rechts zum Schutz von Versuchstieren im nationalen Recht
34 voll ausschöpfen.

35 Mehr Tierschutz in allen Bereichen

36 Wir fordern eine Heimtierverordnung, in der wir Bedingungen für das
37 Zusammenleben mit Tieren festlegen und eine bundesweite Kennzeichnungspflicht
38 von privat gehaltenen Tieren einführen. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen
39 wir eine Positivliste für die Heimtierhaltung einführen und den Import
40 wildgefangener Tiere ebenso beenden wie kommerzielle Exotenbörsen. Illegaler
41 Tierhandel muss unterbunden werden. Wir schaffen die rechtliche Grundlage, dass
42 alle Kommunen sich gleichermaßen an der Finanzierung der wichtigen Arbeit von

43 Tierheimen und Auffangstationen beteiligen und sorgen für klare Verhältnisse
44 beim Umgang mit aufgefundenen Tieren. Wir fordern verbindliche Regelungen auch
45 für die Haltung von Futtertieren. Züchtung und Handel von Qualzuchten bei Heim-
46 und bei Nutztieren wollen wir beenden. Antibiotikamissbrauch und illegalen
47 Medikamentenhandel in allen Tierhaltungen werden wir zuverlässiger unterbinden.

48 Tiere sind für uns keine Unterhaltungsgegenstände, die zu diesem Zweck leiden
49 müssen. Aus diesem Grund setzen wir die bereits dreimal beschlossenen und von
50 den jeweils CDU-geführten Bundesregierungen ignorierten Bundesratsinitiativen
51 zum Nein von Wildtieren in Zirkussen endlich um. Wir beenden die Haltung von
52 Tieren für Ponykarussells und in Delfinarien. Zoos können wichtige Aufgaben
53 erfüllen, aber wir sehen noch großen Handlungsbedarf bis zur Erfüllung
54 tolerierbarer Haltungsbedingungen in allen deutschen Zoos.

55 Wir fordern die grundsätzliche Neuausrichtung der Jagd in Deutschland. Tier- und
56 Naturschutz sind die Kriterien für ein neues Jagdgesetz, welches das
57 überkommene, an jagdlichen Hobbyinteressen orientierte Bundesjagdgesetz von 1952
58 ersetzen soll.

59 Im Tierschutz hakt es noch in vielen weiteren Bereichen. Wir Grünen setzen uns
60 dafür ein, Missstände flächendeckend zu beheben und Tiere konsequent zu
61 schützen.

62 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

63

64 Für ein Tierschutzgesetz, das diesen Namen verdient

65 Das bisherige Tierschutzgesetz ist nicht mehr als ein Tiernutzungsgesetz. Mit
66 uns wird es ein neues Tierschutzgesetz geben, das seinem Namen endlich gerecht
67 wird. Gleichzeitig werden wir mit verschiedenen Maßnahmen dessen Umsetzung
68 stärken, in dem wir beispielsweise Leitlinien und Gutachten zu Tierhaltungen in
69 weiterführende Gesetzestexte überführen, ein Verbandsklagerecht für Tierschutz-
70 und Tierrechtsorganisationen auf Bundesebene schaffen sowie ein*e
71 Bundestierschutzbeauftragte* einsetzen.

72

73 Tierversuche zum Auslaufmodell machen

74 Tierversuche können wir nicht sofort vollständig abschaffen, aber wir müssen
75 jetzt die Anstrengungen erhöhen, damit uns das eines Tages gelingen wird.
76 Deshalb werden wir in die Erforschung tierfreier Alternativen mehr investieren
77 und Wissenschaftler*innen unterstützen, die Ideen ohne Tierverbrauch
78 verwirklichen. Gleichzeitig werden wir die Prüfung von Tierversuchen erleichtern
79 und verbessern, um so Tierversuche auf die übergangsweise noch unumgängliche
80 Anzahl zu reduzieren.

81

82 Wildtierwanderrouten durch Biotopverbunde sichern

83 Über den Naturschutz in Naturschutzgebieten hinaus brauchen wir einen
84 integrierten Ansatz, der für möglichst viele weitere Flächen Anwendung findet,
85 um die Wildtiere in Deutschland besser zu schützen. Wir fordern ein Konzept für
86 ein Netz von Flächen in öffentlicher Hand, das entlang von Straßen, Wegen und

87 Bahnlinien Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen schafft. Dazu soll bereits bei
88 der zukunftsorientierten Planung darauf geachtet werden, ob der staatliche
89 Erwerb weiterer Flächen dafür empfohlen werden kann, um die Entwicklung eines
90 bundesweiten Biotopverbundes – zum Beispiel durch Grünbrücken – zu ermöglichen.
91 Hierzu soll eine systematische Untersuchung, unter Einbeziehung aller möglichen
92 fachlich geeigneten gesellschaftlichen Verbände, bundesweit einen planvollen
93 Aus- und Umbau einleiten. Flächen, welche sich bereits in öffentlicher Hand
94 befinden, müssen ökologisch sinnvoll gepflegt werden.

95

96 Tierschutz ist grünes Kernthema

97 Tierschutz ist mit Bündnis 90 / Die Grünen genauso eng verbunden wie Umwelt- und
98 Naturschutz. Deshalb ist eines unserer Projekte, dass die Berücksichtigung des
99 Tierschutzes bei allen Themen Eingang findet. Wir wissen, dass auch uns das noch
100 nicht immer gelingt. Doch egal ob das Thema erneuerbare Energien, Artenschutz,
101 Religion oder Medizin lautet, der Schutz des fühlenden Einzeltiers wird von uns
102 gleichrangig ohne Wenn und Aber behandelt.

Begründung

Eigenes Tierschutzkapitel nach BAG-Beschluss aus Erfurt. Aktueller Entwurf aus Google Docs (18. April, 9:45). Änderungsanträge bis Samstag, 22. April möglich.

Hinweis: Die Schlüsselprojekte 3 und 4 werden im Anschluss gegeneinander abgestimmt, sodass wir das Kapitel mit drei Schlüsselprojekten einreichen.

UK-GL-01 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei
2 gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die Leistungen unserer
3 Landwirtinnen und Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen verschafft.
4 Die unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die
5 unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht
6 gegen sie. Eine Landwirtschaft, die die Würde unserer Mitgeschöpfe achtet und
7 nicht Tiere durch Amputationen an die Industriehaltung anpasst. Und die für
8 faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und
9 Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken
10 konkurrieren müssen.

11 Viele Bäuerinnen und Bauern haben sich mit uns bereits auf den Weg gemacht zu
12 einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch leider sieht es auch oft noch anders
13 aus: Industrielle Massentierhaltung im Stall, Glyphosat und Bienengift in
14 ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum und Strauch – das alles ist nicht nachhaltig.
15 Diese Art der Landwirtschaft vernichtet ihre eigenen Grundlagen durch
16 Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern und eine Beschränkung auf wenige
17 Hochleistungs-Tierrassen. Das ist weder gut für die Verbraucher*innen noch für
18 die Bäuer*innen, die in großer Zahl ihre Höfe aufgeben müssen. Damit gehen zum
19 Teil jahrhundertealte Traditionen verloren. Übrig bleiben industrielle
20 Agrarfabriken. Eine solche Landwirtschaft richtet unsere wertvollen Naturräume
21 zu Grunde. Immer tödlichere Gifte auf den Feldern sorgen dafür, dass Vögel
22 inzwischen in jeder Großstadt mehr Nahrung finden als auf dem Land. Deshalb
23 stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle Landwirtschaft ist eine
24 Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Damit ist eine
25 bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung zum größten Naturkiller
26 unserer Zeit geworden.

27 Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte viel. Sie arbeiten hart und
28 versorgen uns zuverlässig mit Lebensmitteln. Doch anders als es uns die
29 Agrarindustrie glauben machen will, gelingt das trotz und nicht wegen der
30 vermeintlichen Innovationen aus Genlabor, Giftschrank und Zuchtanstalten. All
31 das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen – immer
32 mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer Seite. In den
33 Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf
34 Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen
35 nicht die Ringelschwänze abschneiden. Und damit Milch-Bäuerinnen und Milch-
36 Bauern wirtschaftlich überleben können, kämpfen unsere
37 Landwirtschaftsministerinnen und -minister in den Ländern für einen fairen
38 Milchpreis.

39 Der ökologische Landbau bleibt unser Leit- und Vorbild. Wir Grünen fördern den
40 Ökolandbau mit einer Milliarde Euro in den nächsten sieben Jahren. Aber auch für
41 die konventionelle Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss
42 auf der gesamten Fläche umweltverträglicher werden. Wir wollen bäuerlich
43 wirtschaftende Betriebe schützen, die im Einklang mit der Natur produzieren und
44 unsere gewachsenen Kulturlandschaften- von den Knicks in Schleswig-Holstein bis
45 zur Almbewirtschaftung in Bayern- bewahren.

46 Raus aus der industriellen Massentierhaltung

47 Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern.
48 Bei unserem Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns
49 unterstützt von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und
50 gesund essen wollen. Sie verstehen nicht, warum der Exportweltmeister
51 Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit Biolebensmitteln auf Importe
52 angewiesen ist. Und warum regionale Produkte in Supermärkten Mangelware sind. Am
53 schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung aus dem
54 Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir
55 es nicht akzeptieren, dass gequälte Geschöpfe zusammengepfercht vor sich hin
56 vegetieren und Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen. Wir wollen,
57 dass die Tiere ein besseres Leben haben: mehr Platz in den Ställen, Zugang zu
58 frischer Luft und Tageslicht, kein Kükenschreddern, keine Amputationen und
59 Qualzuchten, tiergerechte Fütterung und deutlich weniger Antibiotika. Wir wollen
60 die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren beenden. Das
61 fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und
62 umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten - selbst die
63 der Bundesregierung - zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis
64 dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und
65 Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen.

66 Für eine Landwirtschaft ohne Gift

67 Der flächendeckende massive Einsatz von Pestiziden hat verheerende Folgen für
68 den Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Doch statt die
69 zahlreichen Warnungen aus Forschung und Wissenschaft ernst zu nehmen,
70 verschließt die Große Koalition beide Augen und kämpft kräftig für die chemische
71 Keule auf den Äckern. Wir Grünen wollen eine Lebensmittelproduktion, an der die
72 Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische Industrie. Darum beenden
73 wir den Einsatz von besonders schädlichen und gesundheitsgefährdenden Stoffen
74 wie Glyphosat und Neonicotinoiden. Wir legen ein Programm auf, das den
75 Pestizideinsatz eindämmt und eine Pestizidabgabe enthält. Wir stärken die
76 Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste
77 Sorten, vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die Zulassung
78 neuer chemischer Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem
79 Einflussbereich der Hersteller herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist,
80 darf auf den Markt gelangen.

81 Ein solcher Nachweis wird für gentechnisch veränderte Organismen jedoch bis
82 heute nicht erbracht. Gen-Food braucht kein Mensch. Wir halten an unserem
83 Standpunkt fest: Pflanzen aus den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren
84 Äckern in Deutschland und Europa nichts verloren. Dabei ist es egal, ob sie mit
85 Verfahren der „alten“ oder der „neuen“ Gentechnik geschaffen wurden. Wir werden
86 ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere Teller garantiert
87 gentechnikfrei macht. Und wir setzen uns dafür ein, dass die Verbraucherinnen
88 und Verbraucher dank einer umfassenden Kennzeichnung auch erkennen können, wenn
89 ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von Gen-Futtermittel produziert
90 wurden.

91 Klare Kennzeichnung

92 Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft
93 sind die Verbraucherinnen und Verbraucher. Doch die Lebensmittelindustrie macht

94 es ihnen schwer, eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Wir Grünen wollen,
95 dass die Lebensmittelverpackung sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine
96 eindeutige Kennzeichnung von Fleisch einführen, die deutlich macht, wie die
97 Tiere gehalten wurden - so wie bei der Kennzeichnung von Eiern. Und wir führen
98 die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein. Dann können
99 Konsument*innen beim Einkaufen Tierquäler*innen die rote Karte zeigen. (à
100 Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark)

101 Mehr Geld für grüne Landwirtschaft

102 Wir Grünen wissen: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist nicht
103 umsonst zu haben. Der Umbau kostet Geld. Wir wollen mit den Bäuerinnen und
104 Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass
105 sie wieder von ihrer Arbeit leben können. Die notwendigen Gelder mobilisieren
106 wir durch eine Umschichtung der europäischen Agrarmittel. Bislang wird nur der
107 Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden.
108 Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden Euro aus
109 diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der
110 Mittel. Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der
111 Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der
112 Agrarindustrie-Lobby hörig ist.

113 Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche
114 Leistung“ durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei
115 Lebensmitteln Klasse statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in
116 den Ställen besser geht. Die die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und
117 Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische Wirtschaftsweisen unterstützen
118 - und nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische Agrarpolitik darf
119 nicht mehr zu Lasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und
120 Ernährungssouveränität weltweit sichern.

121 Tierschutz stärken

122 Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere
123 empfinden Schmerzen, Leid und Angst. Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um
124 ihrer selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als
125 Lebewesen zu schützen. Das Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf
126 erreicht haben, muss endlich mit Leben gefüllt werden. Deshalb wollen wir das
127 Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten. Für mehr Tierschutz gibt es einen
128 breiten gesellschaftlichen Konsens, den die Bundesregierung dreist ignoriert.

129 Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden
130 und das Leid von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft
131 beenden. Wir Grünen wollen so schnell wie möglich aus den quälenden
132 Tierversuchen aussteigen. Dafür wollen wir Alternativmethoden und tierfreie
133 Testverfahren stärken. Die wichtige Arbeit der Tierheime soll endlich
134 entsprechend finanziert werden. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir den
135 Handel mit exotischen Tieren besser regulieren. Illegaler Tierhandel muss
136 wirksamer unterbunden werden. Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu
137 können, werden wir ein bundesweites Verbandsklagerecht für
138 Tierschutzorganisationen schaffen.

139 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

140 _____ -

141 _____

142 Kein Gift in der Landwirtschaft

143 Wir wollen eine giffreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren
144 Tellern. Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Bienengift arbeitet. Denn
145 Glyphosat ist der größte Killer der Artenvielfalt im ländlichen Raum.
146 Neonicotinoide verursachen massenhaftes Bienensterben. Darum werden wir sie
147 verbieten. Für alle anderen Stoffe ändern wir das Zulassungsverfahren so, dass
148 wirklich nur für Mensch und Natur unbedenkliche Stoffe eingesetzt werden.

149 _____ -

150 _____

151 Ausstieg aus der Massentierhaltung

152 Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener
153 Verhaltensweisen. Wir beenden die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und
154 den Missbrauch von Antibiotika. Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum.
155 Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern wollen wir den Strukturwandel zu einer
156 Landwirtschaft schaffen, die besser mit Tieren umgeht. Wir wollen sämtliche -
157 auch verarbeitete -Tierprodukte verlässlich kennzeichnen, damit Verbraucherinnen
158 und Verbraucher beim Einkauf bewusst entscheiden können.

159 _____ -

160 _____

161 Alternativen zu Tierversuchen fördern

162 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei
163 sind Mensch und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse
164 nur bedingt auf den Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht
165 zur Anwendung wenn sie im Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein
166 ethisches Problem, und auch ein wissenschaftliches. Wir wollen das
167 Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu Tierversuchen, wie zum
168 Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im Kleinstmaßstab
169 simuliert wird, voranbringen.

170 _____ -

171 _____

UK-GL-01-neu Wir sorgen für echten Tierschutz und ein Ende der Tierquälerei

Antragsteller*in: Philipp Bruck

Status: Zurückgezogen

1 Es ist an der Zeit, das Verhältnis Mensch zu Tier neu zu definieren. Tiere
2 empfinden Schmerzen, Leid und Angst ebenso wie Freude und Empathie. Deshalb
3 kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen zu schützen. Das
4 Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich
5 mit Leben gefüllt werden. Deshalb wollen wir das Tierschutzgesetz und die
6 dazugehörigen Verwaltungsvorschriften gründlich überarbeiten.

7 Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu können, werden wir ein bundesweites
8 Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen. Auch
9 Tierschutzbeauftragte auf allen politischen Ebenen sind wichtig, um die Rechte
10 von Tieren zu vertreten.

11 Raus aus der Massentierhaltung

12 Am schlimmsten ist die Entwicklung in der industriellen Massentierhaltung aus
13 dem Ruder gelaufen. Im krassen Gegensatz zu den oft idyllisch anmutenden
14 Werbebotschaften von Lebensmittelhandel und Agrarindustrie gibt es mittlerweile
15 für über hundert Millionen Tiere in der Landwirtschaft im Laufe ihres kurzen
16 Lebens keinen Tag, an dem sie ihrer trostlosen Stallhaltung entrinnen können.
17 Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern.
18 Wir wissen, dass Schweine, Hühner und Fische Lebewesen sind, die komplexe
19 Gefühle haben und für die ein Leben gut oder schlecht verlaufen kann. Wir
20 wissen, dass jedes Individuum ein Interesse an einem guten Leben hat. Vor diesem
21 Hintergrund sind die Zustände der Agrarindustrie einer modernen Gesellschaft
22 unwürdig. Deshalb fordern wir radikale Änderungen in der Tierhaltung.

23 Auch die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass Tiere ohne Zugang zu
24 Frischluft und Tageslicht gehalten werden, dass ihnen Körperteile amputiert
25 werden, dass Küken geschreddert werden oder dass Kühen gleich nach der Geburt
26 ihre Kälber genommen werden. Deshalb wird es Zeit, dies zu ändern: Wir wollen,
27 dass die Tiere ein besseres Leben haben. Dazu gehört, dass sie ganzjährig freien
28 Zugang zu Außenbereichen und Möglichkeiten zum Ausleben art eigener
29 Verhaltensweisen und zum Rückzug haben. Wir wollen Gruppengrößen, die den
30 individuellen Bedürfnissen der Tiere gerecht werden und in denen Tiere gesund
31 gepflegt werden können, statt ganze Ställe mit Antibiotika zu „behandeln“. Wir
32 wollen Lebendtransporte auf ein Minimum reduzieren und Qualzuchten verbieten.
33 Damit wollen wir die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren
34 beenden.

35 Wir wollen die Zahl der pro Fläche gehaltenen Tiere reduzieren, um die
36 Güllemengen, die Treibhausgasemissionen und den hohen Bedarf an importierten
37 Futtermitteln zu verringern, aber auch, um die Ausbreitung von Tierseuchen wie
38 Vogelgrippe zu bekämpfen. Mit der Industrialisierung der Tierhaltung nahm der
39 Konsum von Lebensmitteln tierischen Ursprungs drastisch zu, zusätzlich
40 produzieren wir heute in hohem Maße für den Export. Diese Entwicklungen wollen
41 wir umkehren. Wir wollen weniger Tiere besser halten.

42 Für eine Landwirtschaft ohne Gift

43 Nicht nur in der Tierhaltung selbst leiden Tiere unter den Bedingungen der
44 heutigen Landwirtschaft. Der flächendeckende massive Einsatz von Pestiziden hat
45 verheerende Folgen für den Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit,
46 der Anbau von Monokulturen nimmt Insekten und Vögeln Nahrungsquellen und
47 Lebensräume. In einigen Gegenden ist die Population der Insekten innerhalb von
48 zehn Jahren um 75 % zurückgegangen. Darum beenden wir den Einsatz von besonders
49 schädlichen und gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und
50 Neonicotinoiden. Wir legen ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt
51 und eine Pestizidabgabe enthält, damit die Verursacher*innen die Folgekosten
52 tragen und nicht die Steuerzahler*innen. Wir stärken die Forschung für den
53 nicht-chemischen Pflanzenschutz, zum Beispiel durch robuste Sorten, vielseitige
54 Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen.

55 Umbau der Tierhaltung fair finanzieren

56 Die heutige Form der industriellen Tierhaltung erzeugt immense externe Kosten –
57 Kosten, die die Steuerzahler*innen bezahlen, aber auch solche, die zukünftige
58 Generationen, Menschen in anderen Teilen der Welt und nichtmenschliche Tiere
59 bezahlen. Wir sind überzeugt: eine tier- und umweltfreundlichere Landwirtschaft
60 ist gesamtgesellschaftlich günstiger. Der Transformationsprozess erfordert
61 jedoch Investitionen. Diese wollen wir – ähnlich wie bei der Energiewende – in
62 Form einer Umlage auf Tierprodukte finanzieren. So gewährleisten wir, dass die
63 Bäuer*innen beim Umbau der Tierhaltung unterstützt werden und von ihrer Arbeit
64 wieder leben können.

65 Klare Kennzeichnung und echte Alternativen

66 Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft
67 sind informierte Verbraucher*innen. Doch die Lebensmittelindustrie macht es
68 ihnen schwer, eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Wir Grünen wollen, dass
69 die Lebensmittelverpackung sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine
70 eindeutige Kennzeichnung aller Tierprodukte einführen, die deutlich macht, wie
71 die Tiere gehalten wurden – so wie bei der Kennzeichnung von Eiern. Und wir
72 führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte sowie für Wolle und
73 Leder in der Bekleidungsindustrie ein. Dann können Konsument*innen beim
74 Einkaufen Tierquäl*innen die rote Karte zeigen.

75 Wir wollen, dass Menschen auch die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu
76 entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet
77 werden. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir
78 werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen
79 über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, vegane Alternativen
80 etablieren, damit Konsument*innen die Freiheit haben, sich vegan zu ernähren.

81 Für ein Ende der Tierquälerei

82 Immer noch leiden etliche Tiere in Zirkussen und Zoos, in Ponykarussells und
83 Delfinarien. Für uns sind Tiere keine Unterhaltungsgegenstände. Wir wollen das
84 Leid von Wildtieren in Zirkussen und Zoos beenden. Wir setzen uns dafür ein,
85 dass die beschlossene Bundesratsinitiative zum Nein von Wildtieren in Zirkussen
86 endlich umgesetzt wird.

87 Eine Mehrheit der Menschen will wie wir keine Pelzfarmen dulden. Auch für
88 Wasserlebewesen wollen wir endlich wirksamen Schutz. Dafür werden wir die
89 Grundschleppnetz- und Stellnetzfisherei beenden und uns auch international für

90 ein Ende dieser Methoden einsetzen. Die Haltung von Fischen in Aquakulturen
91 gleicht in aller Regel den unwürdigen Bedingungen der Massentierhaltung. Auch
92 hier wollen wir mit verbindlichen Regeln dafür sorgen, dass es den Tieren besser
93 geht.

94 Wir wollen Tierversuche so schnell wie möglich beenden und dafür
95 Alternativmethoden und tierfreie Testverfahren stärken. Aber auch in anderen
96 Bereichen wollen wir Alternativen zur Nutzung von Tieren fördern. Dazu gehören
97 etwa die Waldpflege ohne Jagd und bio-vegane Landwirtschaft.

98 Für ein gerechtes Zusammenleben mit Tieren

99 Viele Menschen leben längst gemeinsam und friedlich zusammen mit Tieren. Hunde
100 und Katzen sind für viele von uns Familienmitglieder und gleichwertige Partner.
101 Damit leben wir einen Umgang von Menschen mit anderen Tieren vor, welchen wir
102 uns in Zukunft auch in anderen Bereichen wünschen.

103 Wir fordern eine Heimtierverordnung, in der wir Bedingungen für das
104 Zusammenleben mit Tieren festlegen und eine bundesweite Kennzeichnungspflicht
105 von privat gehaltenen Tieren einführen. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen
106 wir eine Positivliste für die Heimtierhaltung einführen und den Import
107 wildgefangener Tiere ebenso beenden wie kommerzielle Exotenbörsen. Illegaler
108 Tierhandel muss unterbunden werden. Die wichtige Arbeit der Tierheime soll
109 dagegen endlich entsprechend finanziert werden.

110 Wir leben in unseren Städten nicht alleine. Auch andere Tiere haben sich dort
111 niedergelassen oder wurden dort von uns ausgesetzt. Wir wollen das Zusammenleben
112 mit diesen Tieren gerecht gestalten. Dazu gehört es beispielsweise, dass wir
113 Stadttauben artgerechtes Futter und Taubenschläge zur Verfügung stellen, statt
114 sie unsere unbedenklichen Abfälle essen zu lassen und durch Spikes zu bekämpfen.

115 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

116 _____

117 Ausstieg aus der Massentierhaltung

118 Tiere brauchen Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener
119 Verhaltensweisen. Wir beenden die Quälzucht auf Kosten der Tiergesundheit und
120 den Missbrauch von Antibiotika. Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum.
121 Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern wollen wir den Strukturwandel zu einer
122 Landwirtschaft schaffen, die besser mit Tieren umgeht. Wir wollen sämtliche –
123 auch verarbeitete – Tierprodukte verlässlich kennzeichnen, damit
124 Verbraucher*innen beim Einkauf bewusst entscheiden können.

125 _____

126 Kein Gift in der Landwirtschaft

127 Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren
128 Tellern. Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Insektenvernichtungsmittel
129 arbeitet. Denn Glyphosat ist der größte Killer der Artenvielfalt im ländlichen
130 Raum. Neonicotinoide verursachen massenhaftes Bienensterben. Darum werden wir
131 sie verbieten. Für alle anderen Stoffe ändern wir das Zulassungsverfahren so,
132 dass wirklich nur für Menschen und andere Tiere unbedenkliche Stoffe eingesetzt
133 werden.

134

135 Tierversuche beenden

136 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei
137 sind Menschen und andere Tiere so verschieden, dass die gewonnen Erkenntnisse
138 fast nie auf den Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht
139 zur Anwendung, wenn sie im Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher
140 nicht nur ein ethisches Problem, sondern auch ein wissenschaftliches. Wir wollen
141 einen zügigen Ausweg aus dem Irrweg Tierversuch. Dafür wollen wir das
142 Tierschutzrecht stärken, um unnötige Tierversuche zu verhindern und Alternativen
143 intensiv fördern.

144

Begründung

Alternative zu UK-GL-01 mit dem Ziel, statt des Landwirtschafts- ein Tierschutzkapitel zu bekommen, welches aber trotzdem noch wesentliche Aspekte des Originalantrags beinhaltet (wie etwa die Schlüsselprojekte) und inhaltlich zustimmungsfähig ist. Der Text basiert u. a. auf diversen schon gestellten Änderungsanträgen und dem gemeinsamen Papier zur Tierhaltung mit der BAG Landwirtschaft und geht inhaltlich eigentlich nur an einer Stelle darüber hinaus: bei der Umlage auf Tierprodukte zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung.

UK-KS-01 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den
2 Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Schon heute nehmen
3 weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der
4 Meeresspiegel steigt an, Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden
5 Wassermangel und Trockenheit immer dramatischer. Das Meereis in der Arktis und
6 Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden von Kanada bis Sibirien tauen
7 immer schneller auf. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, könnten bis 2050
8 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250
9 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Auch hierzulande
10 spüren wir schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine
11 sich verändernde Tier- und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer
12 Trockenheit und Hitze, vor Überflutungen an Flüssen und der Küsten.

13 Zum Glück haben fast alle Staaten der Erde die Notwendigkeit des Klimaschutzes
14 erkannt. Das Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großes Hoffnungszeichen. Die
15 Welt will umsteuern und die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst
16 1,5 Grad, begrenzen. Das schnelle Inkrafttreten der Vereinbarung macht Mut.
17 Jetzt muss es umgesetzt werden, dennoch kann die Weltgemeinschaft umsteuern.
18 Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir Deutschland und
19 Europa wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen.

20 Leider riskieren CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz weiterhin die Zukunft unserer
21 Kinder und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Angela Merkel und Martin
22 Schulz halten an der klimaschädlichen Kohle von gestern fest. Landwirtschaft und
23 Verkehr stoßen immer mehr Treibhausgase aus, die energetische Sanierung von
24 Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in die klimaneutrale Zukunft gehen und
25 unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden wir aus der Kohle
26 aussteigen, die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, zusätzliche Mittel für
27 die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und
28 Elektromobilität fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich
29 machen. So sichern wir durch zukunftsfähiges Wirtschaften Arbeitsplätze und
30 gesellschaftlichen Wohlstand.

31 Klimaabkommen von Paris jetzt umsetzen

32 Wir Grünen wollen das Abkommen von Paris mit Leben füllen. Das zentrale
33 Instrument dazu ist ein bundesweites Klimaschutzgesetz, so wie wir Grünen es auf
34 Landesebene zuerst in NRW und dann in zahlreichen weiteren Bundesländern bereits
35 eingeführt haben. Damit beschreiben wir den Klimaschutzpfad bis 2050 und setzen
36 verbindliche und planbare Ziele. Neben Industrie und Energiewirtschaft müssen
37 auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren Beitrag
38 leisten. Sie sind es, die gegen den Trend steigende Emissionen zu verzeichnen
39 haben. Werden die Ziele nicht erreicht, muss die Politik nachsteuern. Nur so
40 gelingt es, auf dem Modernisierungspfad zu bleiben.

41 Dem CO₂-Ausstoß von Unternehmen wollen wir endlich einen Preis geben, der die
42 ökologische Wahrheit sagt. Derzeit kommt viel zu gut weg, wer die Atmosphäre
43 aufheizt, denn CO₂-Zertifikate sind viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss
44 reformiert werden, damit der Ausstoß von Klimagasen wieder echtes Geld kostet.

45 Hierfür müssen überschüssige CO₂-Zertifikate dauerhaft gelöscht und die
46 kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden.

47 Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis sorgen wir dafür, dass
48 Klimaschutzinvestitionen sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden.
49 Und aus diesen Einnahmen finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum
50 Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse und stellen
51 zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische
52 Gebäudemodernisierung bereit. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die
53 europäischen Ziele an die Vereinbarungen von Paris zur Rettung des Klimas
54 angepasst werden. Für alle 27 Staaten der EU muss bis 2050 eine CO₂-Reduktion
55 von mindestens 95 Prozent gegenüber 1990 verpflichtend sein.

56 Kohleausstieg jetzt einleiten!

57 Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. 80 Prozent aller
58 fossilen Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine
59 Worthülse sein soll. Wir Grünen wollen in den nächsten vier Jahren unsere volle
60 Energie dafür einsetzen, den Kohleausstieg unumkehrbar einzuleiten. Weil
61 Treibhausgase sich in der Erdatmosphäre anreichern, ist es für das Klima
62 entscheidend, dass unverzüglich der Ausstoß des klimaschädigenden CO₂ reduziert
63 wird; weniger entscheidend ist, wann exakt das allerletzte Kohlekraftwerk vom
64 Netz geht. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020
65 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten
66 Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden
67 Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Hierfür haben wir einen
68 Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in
69 Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die
70 restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten. Mit einem
71 Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue,
72 zukunftsfähige Arbeitsplätze.

73 Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und den Bau neuer Kohlekraftwerke werden
74 wir verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr zulassen. Ein
75 Kohleausstiegsgesetz schafft hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die
76 Unternehmen, die Beschäftigten und die Menschen in den betroffenen Regionen.

77 Um das Klima international zu schützen, werden wir zudem die Hermes-Bürgschaften
78 für den Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft!

79 Klimaschutz auf allen Ebenen

80 Wir müssen auf allen Ebenen handeln, alle Möglichkeiten nutzen und zeigen, wie
81 es geht. Mit einer klimaneutralen Verwaltung des Bundes gehen wir voran, zum
82 Beispiel bei der öffentlichen Beschaffung, bei der Gebäudesanierung, beim
83 Fuhrpark. Gezielte Angebote sollen die kommunale Ebene ermutigen, uns zu folgen.
84 Denn auch dort, wo es nicht so offensichtlich ist, sind mit wenig Aufwand große
85 Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

86 Wir Grünen stellen uns auch der internationalen Verantwortung Deutschlands.
87 Darum wollen wir in den weniger entwickelten Ländern eine alternative und
88 kohlenstoffarme Entwicklung unterstützen und ihnen helfen, sich gut auf die
89 Folgen der Klimakrise vorzubereiten, die nicht mehr zu vermeiden sind. Das ist
90 gerecht, denn die Klimaveränderungen und Schäden in diesen Ländern sind die
91 Folgen des fossilen Zeitalters, von dem wir in Europa wirtschaftlich mit am

92 meisten profitiert haben. Wir werden deswegen Klimaschutzinvestitionen in armen
 93 Ländern unterstützen. Die Schäden unseres bisherigen Handelns müssen wir
 94 abfedern, um faire Chancen zu schaffen. Hilfen bei der Anpassung an die
 95 Klimakrise eröffnen neue Lebensperspektiven auch in den besonders betroffenen
 96 Ländern. Diese Mittel ergänzen die allgemeine Entwicklungsfinanzierung.

97 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

98 _____ -
 99 _____

100 Klimaschutzgesetz einführen

101 In Paris haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf
 102 deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir
 103 die dazu notwendigen nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und
 104 Ziele für alle relevanten Sektoren definieren: Energie, Verkehr, Landwirtschaft
 105 und Gebäudeenergie. Dies unterlegen wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den
 106 einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf die E-Mobilität bis zur energetischen
 107 Gebäudesanierung. So geben wir Impulse für Investitionen in den Klimaschutz.

108 _____ -
 109 _____

110 Klimaverschmutzung mit einem vernünftigen Preis belegen

111 Wer die Atmosphäre aufheizt, kommt viel zu gut weg, denn CO₂-Zertifikate sind
 112 viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit die Kosten
 113 für den Ausstoß von Klimagasen von denjenigen getragen werden, die sie
 114 verursachen. Das schafft auch fairen Wettbewerb für klimafreundliche Produkte
 115 und Dienstleistungen. Überschüssige CO₂-Zertifikate müssen daher dauerhaft
 116 gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden. Mit einem
 117 ergänzenden gesetzlichen CO₂-Mindestpreis auf Bundesebene sorgen wir dafür, dass
 118 der Emissionshandel nicht weiter leerläuft und, dass Klimaschutzinvestitionen
 119 sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Und aus diesen Einnahmen
 120 finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf
 121 kohlenstoffarme Industrieprozesse und die sozialverträgliche, energetische
 122 Gebäudemodernisierung.

123 _____ -
 124 _____

125 Kohleausstieg jetzt

126 Keine andere Technologie erzeugt mehr CO₂, Quecksilber und Stickoxide als die
 127 Kohle. Wir wollen die Kohle in der Erde lassen und aus der Kohlekraft
 128 aussteigen. Grünes Ziel ist es, die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom
 129 Netz zu nehmen und schrittweise die restlichen innerhalb der nächsten 20 Jahre
 130 abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg vorgelegt, mit dem
 131 wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten. Um die Weichen richtig zu
 132 stellen, lassen wir keine neuen Tagebaue zu. Wir wollen den notwendigen
 133 Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten -
 134 ökologisch und sozialverträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch
 135 für die Sanierung der Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll.

136 _____ -

137 _____

UK-UN-01 Wir erhalten unsere Natur

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Nur
2 dann können alle frei, unbesorgt und gesund leben, können gestalten und
3 genießen. Natur und Umwelt zu schützen heißt, die Grundlagen unseres Lebens zu
4 schützen. Doch wir Menschen setzen dies mit unserer Art, zu wirtschaften und zu
5 konsumieren, mehr und mehr aufs Spiel. Der zukunftsvergessene Umgang mit der uns
6 gegebenen Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf uns selbst zurück. Das
7 Quecksilber, das die Kohlekraftwerke in die Luft pusten, der Plastikmüll, den
8 wir in Flüssen und Meeren „entsorgen“, die Pestizide, mit denen wir unsere Böden
9 und Gewässer belasten – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser
10 Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Es ist allerhöchste Zeit,
11 das zu beenden. In einigen Bereichen haben wir heute schon längst die
12 Belastungsgrenze unseres Planeten überschritten. Darum stellen wir Grünen die
13 Umwelt und den Erhalt unserer Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik.

14 Wer die Umwelt schützt, kämpft für eine lebenswerte und gerechte Welt für alle.
15 Wir Grünen wollen unser Naturerbe, die biologische Vielfalt der Erde, bewahren.
16 Wir wollen das Verramschen unserer Umwelt beenden. Wir wollen saubere Flüsse und
17 Seen, ohne Gülle, Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Wir wollen Felder und
18 Wiesen, auf denen Insekten und Vögel einen Lebensraum finden. Unser Ziel ist es,
19 eine lebenswerte Welt auch für unsere Kinder und die kommenden Generationen zu
20 erhalten. Dafür streiten wir mit Leidenschaft.

21 Kein Leben ohne Wasser

22 Wasser ist die Wiege allen Lebens und unser Lebensmittel Nummer eins. Wir müssen
23 es daher vor Verschmutzung schützen. Dabei steht die Vorsorge an erster Stelle.
24 Wir werden deshalb ambitionierte Schutzstandards für unsere Gewässer festlegen.
25 Die europäischen Verpflichtungen, überall einen guten ökologischen Zustand der
26 Gewässer zu erreichen, nehmen wir ernst. Zusätzliche Risiken wollen wir
27 ausschließen. Darum lehnen wir Fracking nachdrücklich ab. Chemikalien in den
28 Boden zu pressen und damit das Trinkwasser zu gefährden, nur um so auch noch den
29 letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist unverantwortlich.

30 Diesen vorsorgenden Blick nehmen wir auch beim Hochwasserschutz ein. Wir beugen
31 vor, indem wir Bächen und Flüssen Raum lassen, sich wieder naturnah zu
32 entwickeln. Wir verlegen Deiche zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus.
33 Das ist gut für den Hochwasserschutz und für eine artenreiche Tier- und
34 Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige Rückzugsräume findet. Um
35 unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor giftigem Nitrat zu schützen,
36 werden wir die Güllefluten aus der industriellen Landwirtschaft eindämmen. Wir
37 wollen unser Wasser besser und wirksamer vor gefährlichen Schadstoffen, die auch
38 Menschen unfruchtbar machen können oder krebserregend sind, schützen. So können
39 wir auch Milliardenkosten bei der Reinigung des Trinkwassers einsparen.

40 Über die Flüsse gelangen Müll und Schadstoffe auch in die Meere, wo sie großen
41 Schaden anrichten. Medikamentenrückstände und Schwermetalle reichern sich in der
42 Nahrungskette an. Nitrat und Phosphat aus der Landwirtschaft befeuern die
43 Algenblüte und schaffen Todeszonen in den Meeren. Acht Millionen Tonnen Plastik
44 landen jedes Jahr in unseren Ozeanen. Wir akzeptieren nicht, dass die Meere ein

45 Raum ohne Leben werden, in dem es mehr Plastik als Fische gibt. Deshalb wollen
46 wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen. Wir fördern
47 umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.

48 Das Leben in den Meeren steht auch durch zweifelhafte Fischereipraktiken, wie
49 dem Einsatz von Grundschleppnetzen, und zu hohen Fischereiquoten massiv unter
50 Druck. Nach wie vor fischen europäische Trawler die Meere vor Afrikas Küsten
51 leer und gefährden damit nicht nur das Meeresökosystem, sie nehmen auch den
52 Fischern vor Ort ihre Lebensgrundlage. Darum wollen wir die Überkapazitäten der
53 europäischen Fangflotte abbauen und alle Fischereiabkommen ökologisch und sozial
54 verträglich gestalten. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür sorgen,
55 dass sich das Ökosystem Meer erholen kann.

56 Saubere Luft und gesunder Boden

57 Jedes Jahr sterben weltweit zehntausende Menschen, weil Stickoxide und Feinstaub
58 die Luft verpesten und zu Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Auch
59 wenn sich bei uns der Himmel über den Städten nicht gelb einfärbt wie in vielen
60 Städten Asiens, ist auch bei uns der Kampf für saubere Luft längst noch nicht
61 gewonnen. Jährliche Messungen zeigen, dass vielerorts Grenzwerte bei Feinstaub
62 und Stickoxiden überschritten werden. Hauptursache sind Millionen von
63 Dieselaautos, die infolge der Tricks und Manipulationen der Autoindustrie die
64 Grenzwerte im Alltagsbetrieb oft um ein Vielfaches überschreiten. Wir wollen,
65 dass die betroffenen Autos so schnell wie möglich auf Kosten der Hersteller
66 nachgerüstet werden, damit die Halter nicht die Leidtragenden von Fahrverboten
67 sind, die die Bundesregierung mit ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Zum
68 Schutz der Menschen wollen wir eine blaue Plakette einführen. Nur so kann es
69 gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

70 Auch unsere Böden sind weltweit in Gefahr und brauchen dringend Schutz. Immer
71 mehr landwirtschaftliche und naturnahe Flächen in Deutschland werden
72 zubetoniert. Die Industrialisierung der Landwirtschaft überlastet unsere Böden
73 mit Gülle und Pestiziden, entwässert und verdichtet sie. So können sie ihre
74 wichtige Funktion für einen funktionierenden Naturhaushalt und als
75 Kohlenstoffspeicher nicht erfüllen. Wir Grünen wollen, dass künftig nicht mehr
76 Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle wieder freigelegt
77 werden. So stoppen wir den Flächenfraß. Hektarweise liegen alte Industrieblächen
78 brach, die man noch nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche Entwicklung,
79 ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen.

80 Wir schützen Pflanzen und Tiere

81 Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Bedrohung der gesamten
82 biologischen Vielfalt, hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische
83 Gleichgewicht der Erde. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist bei uns genauso
84 wichtig wie in den tropischen Regenwäldern oder in der Arktis. Jede dritte Art
85 ist in Deutschland vom Aussterben bedroht. Zu den Hauptgründen zählt die
86 industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden und Monokulturen. Heute kann
87 man von Flensburg nach Freiburg fahren, ohne immer wieder die Frontscheibe
88 seines Autos von Insekten reinigen zu müssen. Das ist keine gute Nachricht. Denn
89 „Pflanzenschutz“ heißt in der industriellen Landwirtschaft heute vor allem
90 Insektenvernichtung. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der fliegenden
91 Insekten um 80 Prozent abgenommen. Damit wird die Nahrungskette schon zu Beginn
92 durchtrennt: Findet die Schwalbe keine Mücke, sind auch ihre Tage gezählt. So

93 löschen wir die "Festplatte" unserer Natur jeden Tag ein Stück mehr und
94 hinterlassen biologische Einöde statt blühender Landschaften. Auch unsere
95 Ernährung hängt von funktionierenden Ökosystemen ab: Ohne die
96 Bestäubungsleistung der Bienen sähen unsere Supermarktregale ganz schön leer
97 aus.

98 Wir Grünen setzen dagegen auf konsequenten Natur- und Artenschutz. Damit
99 erhalten wir nicht nur die natürliche Vielfalt und Schönheit der Landschaft,
100 eine intakte Natur leistet auch unbezahlbare Dienste, zum Beispiel im Wasser-,
101 Boden- und Luftschutz, und stellt wichtige Grundstoffe für unzählige Produkte,
102 etwa in der Chemie und Medizin, zur Verfügung.

103 Immer neue Gewerbegebiete, Straßen und Siedlungen planieren die Natur zu und
104 zerstören die letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Wir
105 Grünen wollen stattdessen Wildnis zulassen und schützen Wälder, die sich wieder
106 zu Urwäldern entwickeln. So wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo
107 unsere Landesregierungen zwei neue Nationalparks erkämpft haben. Natur hat für
108 uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent ausgedrückt werden
109 kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich künftig am
110 Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Bei Eingriffen in die Natur werden
111 wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die
112 Natur und den Naturschutz finanziert wird.

113 Ressourcen schonen - Vom Müllberg zum Kreislauf

114 Stetig steigt die Müllflut. Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass
115 sie nicht reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den
116 Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden
117 von Getränkeindustrie und -handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt
118 unterlaufen. Wir Grünen wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden. Mit
119 einer Ressourcenabgabe für die Produzenten wollen wir eine echte
120 Kreislaufwirtschaft fördern. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die Kosten
121 des Recyclings mitbezahlen. Auch heute noch wird Abfall nicht ausreichend in den
122 Kreislauf zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle
123 Verwertungsquoten festschreibt, machen wir Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle
124 für Neues. Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft, die mit neuen Produkten neue
125 Märkte erschließt und neue Arbeitsplätze schafft und zugleich unseren
126 Rohstoffverbrauch entscheidend verringert.

127 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

128 _____ -
129 _____

130 Für sauberes Wasser ohne Gift und Plastik

131 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Damit unsere Gewässer einen guten
132 ökologischen Zustand erreichen, richten wir das Düngerecht an ihrem Schutz aus.
133 Wir zeigen dem unnötigen Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote
134 Karte und unterstützen die Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe.
135 Hersteller von problematischen Medikamenten, Chemikalien und Pestiziden wollen
136 wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu beseitigen.

137 _____ -
138 _____

139 Aus Abfall Rohstoffe machen

140 Um innerhalb der ökologischen Grenzen unserer Erde zu wirtschaften, sind weniger
141 Abfall und mehr Recycling entscheidend. Deshalb sagen wir: Schluss mit der
142 Verschwendung! Wir werden ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das der
143 Wiederverwendung Vorrang einräumt und die Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in
144 Kraft- und Zementwerken beendet. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten
145 werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle Wertstoffe in den Blick
146 nimmt und die Ressourcen schont.

147 _____ -

148 _____

149 Artenvielfalt schützen

150 Das große Artensterben ist neben der Klimakrise die zweite existentielle
151 Bedrohung für unsere globalen Ökosysteme und damit auch für uns Menschen. Wir
152 wollen unsere Natur und unseren Artenreichtum schützen. Dazu werden wir den
153 Naturschutz übergreifend in allen Politikbereichen verankern. Den Biotopverbund
154 wollen wir bundesweit ausbauen und Wildnisgebiete aus der Nutzung nehmen. Einer
155 der größten Artenkiller ist die industrialisierte Landwirtschaft, besonders der
156 flächendeckende massive Einsatz von Gülle und Pestiziden. Wir werden deshalb
157 Sofortmaßnahmen ergreifen, um ihn möglichst schnell einzudämmen.

158 _____ -

159 _____

UK-WU-01 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Die technologischen Sprünge der vergangenen beiden Jahrhunderte haben den
2 Wohlstand und die Lebensqualität vieler Menschen außerordentlich verbessert.
3 Doch seit langem ist klar, dass die industrielle Wirtschaftsweise nicht nur
4 Wohlstand schafft, sondern auch systematisch unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen
5 zerstört. Immer mehr Menschen erkennen auch, dass materielles Wachstum nicht in
6 jedem Fall die Lebensqualität steigert.

7 Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle
8 Aufgabe unserer Zeit. Denn heute verschwendet unsere Art zu wirtschaften noch
9 wertvolle Ressourcen, heizt unser Klima auf und bedroht weltweit unser
10 Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In unserem eigenen
11 Menschheitsinteresse müssen wir das dringend ändern. Und es ist möglich. Wir
12 können unser Leben verbessern, ohne immer weiter materiell wachsen zu müssen.

13 Wir Grünen treten seit unserer Gründung für die ökologische Modernisierung der
14 Industriegesellschaft ein. Viele Menschen gehen diesen Weg mit uns.
15 Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und
16 Umweltschutz. Unternehmen schreiben mit grünen Ideen schwarze Zahlen,
17 Unternehmensinitiativen setzen sich für Klimaschutz ein. Unser Land ist dabei
18 seit den 1970er Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden inzwischen
19 gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird
20 ökologischer gebaut und produziert. Innovative Unternehmer und Tüftlerinnen
21 entwickeln Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere
22 Lebensqualität weiter vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Sie sind die Pioniere
23 des grünen Wandels, eines neuen, nachhaltigen Wohlstands.

24 Jetzt geht es darum, die Begrünung der Wirtschaft und vor allem der Industrie
25 quer durch alle Branchen voranzutreiben. Die grüne Energiewende hat gezeigt,
26 dass es geht: Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, seine hochentwickelte
27 Industriegesellschaft ohne Klimagase und Atommüll mit Strom zu versorgen. Nun
28 braucht es mutige grüne Politik und engagierte Bürgerinnen, Ingenieure und
29 Unternehmerinnen, um die ökologische Modernisierung zum Ziel zu bringen.

30 Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung

31 Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO2-
32 Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht
33 werden können. Das mutet den Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber
34 Planungssicherheit und gibt Impulse für Investitionen. Gleichzeitig fördern wir
35 dabei neue Technologien und Wissen. So können wir es schaffen, die ökologische
36 Modernisierung in den verschiedenen Sektoren umzusetzen.

37 Wir werden dafür sorgen, dass Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen,
38 denn die Verursacher von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die
39 Allgemeinheit abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass
40 andere – umweltfreundlichere – Techniken entwickelt und schnell marktfähig
41 werden. Ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch
42 ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und

43 Emissionen senken. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren, wenn
44 langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und klimafreundliche Heizungen die
45 Stromrechnung senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir nicht weiter
46 subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen, Flugbenzin und Diesel
47 heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre
48 Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro
49 pro Jahr. Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch
50 schädlichen Subventionen angehen. Wir wollen in einem ersten Schritt rund 12
51 Milliarden Euro von diesen umweltschädlichen Subventionen abbauen. Dieses Geld
52 wollen wir in den Klimaschutz investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei
53 Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen zu unterstützen.

54 Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern

55 Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle
56 Industriezweige in Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und
57 Ressourcenschutz beitragen. Und für alle Branchen gilt: wenn wir den Anschluss
58 verpassen, wie es zum Beispiel beim Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und
59 Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom Verbrennungsmotor und hin zum
60 Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu nachwachsende Rohstoffen
61 in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder Textilbeton
62 Ressourcen und Emissionen einsparen. Wo wir regieren, bringen wir solche
63 Innovationen ganz konkret voran, zum Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitungen in
64 Hessen und Schleswig-Holstein. Damit sichern wir den Industriestandort
65 Deutschland. Denn auch in der Zukunft wird unser Wohlstand von guten und
66 sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im Dialog mit Unternehmen,
67 Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im Konflikt mit den
68 Lobbies der alten Industrien.

69 Von besonderer Bedeutung ist in Deutschland die Automobilbranche. Ihr wollen wir
70 helfen, den Sprung ins 21. Jahrhundert zu schaffen, in der Mobilität ohne
71 Schadstoffausstoß funktionieren muss. Das ist eine zentrale Frage mit Blick auf
72 Umweltzerstörung und Klimakrise. Dass dieser Sprung gelingt, ist aber auch von
73 großer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen
74 verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das Detroit von morgen werden. Deshalb
75 braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig. Diese setzen
76 wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der Elektromobilität und mit dem
77 Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (à Kapitel: Wir sorgen für saubere,
78 bezahlbare und bequeme Mobilität).

79 Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und
80 Investitionsprogramm. Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht
81 nur für Ingenieurinnen und Tüftler sowie Programmierer, sondern auch für
82 Handwerkerinnen und Bauarbeiter. Jede in die Gebäudesanierung investierte
83 Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk
84 und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für
85 Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green
86 Tech gut aufgestellt. Wenn die deutschen und europäischen Unternehmen es
87 schaffen, ihren Marktanteil zu halten oder gar weiter auszubauen, entstehen hier
88 viele zusätzliche Jobs. Daran wollen wir arbeiten. Für uns ist dabei
89 entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen,
90 Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten. In den kohlenstoffintensiven
91 Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch Arbeitsplätze abgebaut

92 werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um Weiterbildung
93 und neue Chancen.

94 Unser Ziel ist es auch, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen
95 Energieträgern abgezogen wird und stattdessen dorthin fließt, wo es nachhaltigen
96 Wohlstand und neue Jobs schafft. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete,
97 obwohl es noch unzählige Steine gab – und das fossile Zeitalter muss enden,
98 obwohl es noch jede Menge Kohle und Öl im Boden gibt. Das Stichwort dazu lautet
99 „Divestment“ und meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle und Gas. Viele
100 deutsche Konzerne, aber auch viele Städte und Kommunen, haben viel Geld in
101 fossile Energieträger investiert. Das wird mehr und mehr zu einem Risiko. Die
102 Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Orientierung am 2-Grad-Ziel machen
103 diese Investitionen wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now!

104 Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften

105 Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie
106 Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer
107 weiter wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als
108 kurzfristige Renditeziele. Wir Grünen möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum
109 „Immer Mehr und immer schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische
110 Innovationen allein nicht reichen. Es braucht auch die Unterstützung durch
111 nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel
112 nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den Elektromotor abzulösen,
113 sondern auch darum auf innovative Formen der Mobilität wie Carsharing
114 umzusteigen und so die Zahl der Autos zu reduzieren.

115 Wir wollen zuallererst die Art, wie wir Wohlstand überhaupt messen, ändern. Wir
116 schlagen dafür eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung vor. In den
117 Zahlen des Bruttoinlandsproduktes (BIP), das bisher die zentrale Messgröße ist,
118 bilden sich Lebensqualität und Wohlstand nicht wirklich gut ab. In unserem
119 Jahreswohlstandsbericht werden neben ökonomischen auch ökologische und soziale
120 Entwicklungen anhand messbarer Kriterien dargestellt. Auch für Unternehmen
121 können davon Impulse für Innovationen ausgehen. So sollen größere Unternehmen in
122 ihrem Jahresabschluss zukünftig auch über nichtfinanzielle Indikatoren wie CO2-
123 Emissionen berichten.

124 Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es uns gelingen, anders und besser zu
125 wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber, Vorreiter und kritische
126 Begleiter brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen
127 wollen wir bei der ökologischen Modernisierung unterstützen. Ausgaben für
128 Forschung und Innovation werden wir steuerlich fördern. Mit einer Start-up-
129 Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen, geeigneten Rechtsform geben wir den
130 Pionieren des Wandels Rückenwind. Die Gründung von Genossenschaften erachten wir
131 als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen Wirtschaftens.
132 Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung
133 und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie. Um eine
134 Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der
135 eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen
136 Verfahrensvorschriften befreien.

137 Ökologische Chancen der Digitalisierung nutzen

138 Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer
139 machen und zu einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Um die
140 Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und
141 Green-IT-Konzepte weiter vorantreiben. Smart Grids, also intelligente, digital
142 gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel, die schwankenden Strommengen aus Wind und
143 Sonne auszugleichen. Wir können Verkehrsträger digital miteinander vernetzen und
144 Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und
145 Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck werden
146 Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt.
147 Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert
148 Pendlerströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-
149 Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum. Doch hierfür bedarf es
150 höchster Datensicherheits- und Verbraucherschutzstandards. So schaffen wir
151 zukunftssichere Arbeitsplätze, sowie neue Geschäftsmodelle und schützen unsere
152 Lebensgrundlagen. Wie wir die Digitalisierung mit fairem Wettbewerb und
153 Zukunftsinvestitionen in einer krisenfesten Wirtschaft gestalten wollen, haben
154 wir im Kapitel Digitalisierung gestalten beschrieben.

155 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

156 _____ -
157 _____

158 Umweltschädliche Subventionen abbauen, in Klimaschutz investieren

159 Absurde 57 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und
160 Umweltschädliche Subventionen ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, Flugbenzin
161 und Diesel ungerechte Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen rund zwölf Milliarden
162 Euro umweltschädliche Subventionen abbauen. Denn wir wollen dafür sorgen, dass
163 Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen. So schaffen wir Anreize für
164 grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und eine
165 umweltfreundliche Landwirtschaft. Und gehen gegen eine der schädlichsten Formen
166 der Steuerverschwendung vor.

167 _____ -
168 _____

169 Divestment: Keine Kohle für die Kohle!

170 Trotz des Pariser Klimaabkommens stecken Investoren - vom großen Versicherer bis
171 zur kleinen Kommune - weiter viel Geld in Klimakiller. Deshalb fordern wir:
172 Divest now! - Zieht das Geld aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab!
173 Unternehmen sollen dafür in ihren Jahresberichten die Klimarisiken von Gütern
174 oder Produkten offenlegen. So erhöhen wir den Druck auf Großinvestoren, CO2-
175 intensive Finanztitel abzustoßen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds wollen wir
176 helfen, klimafreundlich zu investieren. Damit grüne Investitionsmöglichkeiten
177 für alle Anlegerinnen und Anleger erkennbar sind, wollen wir eine transparente
178 Zertifizierung einführen.

179 _____ -
180 _____

181 Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum: Für einen Jahreswohlstandsbericht

182 Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen
183 darum einen neuen Wohlstandsbericht einführen. Er misst neben ökonomischen auch
184 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie
185 unser ökologischer Fußabdruck, Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein
186 Bildungsindex bilden unseren Wohlstand besser und umfassender ab. Diese neue,
187 ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht Fehlentwicklungen und politische
188 Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar.

189 _____ -

190 _____

WB-01 Welt im Blick

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In
2 Europa erleben wir dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine
3 sehr lange Phase des friedlichen Zusammenlebens, solange wie nie zuvor. Auch
4 weltweit wurden Grenzen geöffnet, Wirtschaftsbeziehungen globalisiert,
5 länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer mehr Menschen leben in
6 Freiheit und Demokratie. Immer weniger Menschen leben in extremer Armut. Eine
7 prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass
8 die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht
9 wurde. Wir haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden
10 kann, wenn der Wille da ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt uns Hoffnung,
11 dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur
12 nuklearen Nutzung zu schließen. Auch die Selbstverpflichtung der Vereinten
13 Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen, war ein Erfolg
14 internationaler Zusammenarbeit.

15 Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der
16 syrische Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen
17 Stellvertreterkrieg entwickelt, in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes
18 mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung
19 von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im Irak und in Libyen
20 eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch Europa und
21 den Rest der Welt. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre
22 Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor
23 Gewalt, Hunger und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig verschärft
24 die Klimakrise bestehende weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um
25 Wasser und Rohstoffe erhöhen die Spannungen in vielen Regionen der Welt.
26 Wirtschaftlicher Prosperität und neuem Wohlstand stehen Ungleichheit und
27 ökologischer Raubbau gegenüber.

28 Die zunehmend aggressive Großmachtspolitik von Präsident Putin hat Russland zu
29 einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem
30 Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes
31 völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen
32 Russland und dem NATO-Bündnis die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik
33 wieder in Gang gesetzt. Doch auch die Präsidentschaft von Donald Trump in den
34 USA stellt den Bezugsrahmen für die Politik des vereinigten Deutschlands seit
35 1990 grundlegend in Frage. Pläne für nationalistische Abschottung und
36 Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer Konvention
37 in Bezug auf das Hilfsgebot für Flüchtlinge und auf das Verbot von Folter
38 untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen
39 für globales Engagement und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

40 Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden
41 Dekaden des 21. Jahrhundert politisch friedlich und sicher, ökologisch
42 nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten. Die Weltgemeinschaft muss
43 Verantwortung für die globalen Entwicklungschancen und die Durchsetzung und
44 Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Das können wir erreichen, wenn wir
45 Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und unser

46 Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um Zusammenarbeit
47 statt Nationalismus. Wir Grünen glauben fest an die Notwendigkeit und den
48 Vorteil multilateraler Kooperation. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am
49 besten erreichen, wenn wir weiter international zusammenarbeiten und die
50 gemeinsame europäische Demokratie stärken.

51 Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. So
52 wollen wir endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die
53 globale Entwicklung zur Verfügung stellen und damit Schluss machen, in
54 Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu exportieren. Wir Grünen wollen außerdem,
55 dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen zu lösen oder - besser noch -
56 sie zu verhindern. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Armut darf nicht nur
57 eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach
58 Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die
59 Einwanderung muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein
60 Staatsbürgerschaftsrecht der Realität anpassen muss.

61 Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was
62 wir in einer Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir Grünen wollen, dass
63 Deutschland mehr dazu beiträgt, Europa zu einen und zu stärken. Die Europäische
64 Union ist bis heute das beste Beispiel, wie supranationale Partnerschaft und
65 Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und sie macht damit
66 Hoffnung: Eine friedlichere, eine bessere Welt ist möglich.

WB-FU-01 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über
2 60 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien.
3 Menschen fliehen vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger
4 auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große
5 Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie
6 hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in
7 der Hoffnung, zurückkehren zu können.

8
9 Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer
10 gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für
11 Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten,
12 braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser
13 Einwanderungsland).

14 Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen
15 Menschen Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben,
16 haben Millionen Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die
17 Zivilgesellschaft in Deutschland ist. Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen
18 und Institutionen sind über sich hinausgewachsen. Viele Menschen in Deutschland
19 haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer Eltern und Großeltern
20 nur zu gut.

21 Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür
22 hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik
23 abgewendet. Das Asylrecht hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen
24 europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung Europas. Während Trump
25 plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa mittlerweile hinter Zäunen und
26 Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich. Sie verschärft auch
27 auf Dauer die Probleme.

28 Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die
29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer
30 Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre
31 neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht
32 registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen
33 geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht
34 jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.

35 Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als
36 Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir
37 entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab
38 werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Probleme entledigt, indem
39 es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist
40 eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind
41 Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien,
42 aber einem Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

43 Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der
44 Flucht sichere Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen

45 durchführt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und
46 diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut integriert.

47 Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik

48 Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir
49 ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist
50 eine, die Flucht unnötig macht.

51 Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr
52 Leben in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir
53 zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den
54 Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa
55 ermöglichen.

56 Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich
57 einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob
58 ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis
59 zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die
60 Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach
61 Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots
62 dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige
63 Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die
64 Bedürfnisse von Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller
65 Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht
66 darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen. Bei denen, die
67 nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den
68 Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in
69 Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen
70 das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

71 Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei
72 unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden,
73 um schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

74 Fluchtursachen bekämpfen

75 Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor
76 bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet,
77 Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der
78 Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als
79 bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder
80 eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor
81 allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern.
82 Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik
83 bleiben.

84 Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und
85 schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in
86 afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In
87 einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die
88 vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben.
89 Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von
90 Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

91 Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die
92 deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über
93 eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World
94 Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile
95 Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder
96 Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale
97 Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

98 Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik

99 Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU
100 gerecht werden. Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den
101 Folgen von Flucht und Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten
102 kann. Eine menschliche Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von
103 Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege nach Europa und die
104 Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine menschenrechtskonforme und
105 rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen fairen Zugang zum
106 Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen den
107 Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland
108 entlastet werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch
109 denen der Flüchtlinge Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit
110 einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren. Dafür braucht
111 es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und mehr Solidarität unter den
112 EU-Mitgliedstaaten.

113 Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es
114 Aufgabe aller 27 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es
115 ein großes Problem der Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser
116 Solidarität verweigern. Für dieses Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir
117 glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn Deutschland an anderen Stellen
118 der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten eingeht.

119 Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU
120 im Sinne einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte
121 Lösung ist das nicht. Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler
122 nationaler Regierungen gegenüber Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend,
123 beschädigt die europäische Wertegemeinschaft, verstärkt nationale Egoismen und
124 bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-Länder, die sich
125 einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die Verfahren
126 der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen
127 Mitgliedstaaten mit tragen.

128 Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor
129 Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich
130 dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu
131 machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein
132 großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der
133 Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und
134 finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

135 Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen
136 mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die
137 europäischen Regierungen darum, eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu
138 schließen und die Grenzen damit schon weit vor Europa in Afrika und im Nahen

139 Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung, dass stärkere
140 Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches
141 Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine
142 Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik
143 gegenüber abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

144 Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland

145 Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik
146 stellen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen
147 insbesondere aus Syrien viel zu lange ignoriert und war insbesondere im Jahr
148 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das starke Engagement der Bürgerinnen
149 und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme der vielen
150 Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

151 Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere
152 Unterstützung. Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos
153 verschärft. Der Regierungspolitik liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein
154 unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir halten auch die von der CDU/ CSU
155 und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch.
156 Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Gerade für
157 Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder Journalistinnen und
158 Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

159 Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund-
160 und Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer
161 globalisierten Welt und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird
162 es deshalb keine Obergrenze geben.

163 Faire und rasche Verfahren

164 Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange
165 Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-
166 Württemberg und Thüringen zeigen beispielhaft, wie es gelingt, zügige und
167 gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu organisieren. Das wollen wir
168 überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren entwickelt. Der
169 Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt und
170 sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um
171 allen Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen,
172 setzen wir darauf, dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an
173 stattfindet.

174 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und
175 Flucht länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen
176 künftig eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
177 dass in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig
178 berücksichtigt und kinderbezogene Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn
179 gerade die Lebenssituation der Kinder ist es, die Familien oftmals veranlasst,
180 ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

181 Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen

182 Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz,
183 das diesen Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an

184 eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und schneller
185 Familiennachzug.

186 Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine
187 Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele
188 Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss
189 flankiert werden von mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer
190 Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und
191 ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht
192 auf einen Integrationskurs geben. Der Familiennachzug muss sofort wieder
193 ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in Sicherheit und in seiner Nähe
194 weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Der
195 grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche
196 Familien. Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation
197 ausgegrenzt. Deswegen brauchen wir einen schnellen Wechsel von
198 Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Der
199 kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr gute
200 Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern
201 auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen.
202 Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und
203 großzügiger anerkennen, ein verlässliches Bleiberecht während und nach der
204 Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach der deutsche
205 Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen. Außerdem
206 wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit
207 gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der
208 Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote
209 schaffen – im Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den
210 Arbeitsagenturen. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

211 Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine
212 sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne
213 Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten.
214 Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das
215 integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen und die
216 Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss der Bund den
217 Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün
218 regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv
219 unterstützt. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen
220 wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

221 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

222 _____ -
223 _____

224 Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen

225 Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not
226 geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren
227 oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen.
228 Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und
229 Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir
230 unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-
231 Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem

232 Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns
233 dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht
234 ermöglichen.

235 _____ -

236 _____

237 Familien zusammenführen

238 Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von
239 Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat
240 anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche
241 Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete wieder rückgängig machen. Auch
242 für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen.
243 Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die
244 Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

245 _____ -

246 _____

247 Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten

248 Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können
249 in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame
250 Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie
251 schnellstmöglich an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne
252 Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu
253 vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung
254 stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn
255 Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen.
256 Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

257 _____ -

258 _____

WB-WH-01 Wir machen den Welthandel fair

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die
2 Beziehungen und den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in
3 ferne Länder zu reisen. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns
4 Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur
5 befruchten sich durch internationalen Austausch. Deutschland profitiert von
6 offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und Südamerika
7 konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme
8 Armut überwinden.

9 Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale
10 Seite. In vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen
11 Wertschöpfungskette ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt.
12 Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und ungerecht verteilt – zwischen Staaten
13 und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen
14 hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die entfesselten
15 internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen Einfluss
16 auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung
17 auch durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum
18 Beispiel indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren (à
19 Kapitel: Wir teilen den Wohlstand gerechter) und auch indem wir den
20 internationalen Handel neu gestalten.

21 Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den
22 letzten Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der
23 neoliberalen Globalisierung von oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.

24 Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit
25 Abschottung zu begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne
26 Regulation zu forcieren, führt in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg
27 – den Weg friedlicher und offener Kooperation. Gerechter globaler Handel kann
28 dafür sorgen, dass die Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.

29 Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere
30 Verantwortung. Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische
31 Union als der größte Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der
32 Regulierung des Welthandels einnimmt und zeigt, wie fairer Handel möglich ist.
33 Den brauchen wir für eine sozial-ökologische Transformation.

34 Gerechte Regeln für die Welt

35 Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam
36 verhandelt werden, also multilateral. Das muss im Rahmen der
37 Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn sonst machen die mächtigen Länder
38 die Spielregeln und die armen haben das Nachsehen. Damit das gelingt, muss die
39 WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt
40 werden.

41 Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
42 und dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft
43 zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von

44 globaler Ungleichheit und für den Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen
45 gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen dabei im Sinne einer fairen
46 Lastenteilung vorangehen.

47 Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform
48 der WTO gelten.

49 So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der
50 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum
51 fertigen Produkt muss Arbeit menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um
52 die niedrigsten Löhne aufhören. Wir haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit
53 entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine neue Generation von fairen
54 Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer höheren
55 globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung
56 erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen
57 Handelsfragen auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln
58 zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die
59 Implementierung von internationalen Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die
60 freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind gleichwertig einklagbar und
61 sanktionierbar.

62 Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss
63 ebenfalls für eine faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an
64 die Vereinten Nationen rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein,
65 wenn die wirtschaftlich starken Länder zusammenkommen, um über internationale
66 Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur Trockenlegung von Steuersümpfen und
67 zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber auch Taten folgen. Die
68 nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im Rahmen der
69 G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die
70 multilateralen Organisationen etablieren.

71 Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose
72 zusammen genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen,
73 indem wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und
74 weiter auf eine dezentrale Landwirtschaft setzen.

75 Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen

76 TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier
77 die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen
78 lehnen diese Abkommen in ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große,
79 länderübergreifende Konzerne profitieren, kleine und mittlere Unternehmen haben
80 das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen Kleinbauern und -bäuerinnen in
81 Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in Baden-Württemberg.
82 Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie
83 Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

84 Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen
85 nicht ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die
86 Wasserversorgung oder um die kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche
87 Dienstleistungen nicht klar definiert sind, garantieren sie keinen ausreichenden
88 Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen nicht vom Investitionsschutz
89 ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor einem
90 Schiedsgericht würden so möglich.

91 Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern.
92 Dieses Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen,
93 wenn klar ist, dass sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum
94 Beispiel 1.300 Substanzen nicht für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind.
95 Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest oder Hormonfleisch sind verboten.
96 Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein Investitionsgerichtssystem
97 (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen nicht, dass
98 demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für
99 Aufdrucke auf Zigarettenspackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche
100 Verfahren gibt es keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große
101 Konzerne lehnen wir entschieden ab. Wir setzen uns stattdessen für einen
102 ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, der auch
103 auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante völkerrechtliche
104 Verpflichtungen achtet.

105 Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder

106 Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir
107 Entwicklungsländern Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen,
108 können sie ihre heimische Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem
109 globalen Süden die Leiter weg, auf der wir selbst unser heutiges
110 Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionierte Importe aus Europa können
111 ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der
112 europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische
113 Produktion in Westafrika verdrängt. Die bestehenden
114 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des
115 Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer Zölle auf
116 verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen
117 und mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits
118 von Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

119 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres
120 Handelns. Die europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und
121 Sorgfaltspflichten verbindlich zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt,
122 doch es kann nicht der letzte sein. Die gesamte Lieferkette muss gesetzlich
123 verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im
124 „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus.
125 Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine
126 bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein,
127 welches Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

128 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

129 _____ -
130 _____

131 Neustart für faire Handelsabkommen

132 Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und
133 an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind,
134 können eine gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher-
135 und Datenschutz sowie Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das
136 Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale
137 Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur

138 auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen
139 Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf
140 völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir
141 wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)
142 wieder stärken.

143 _____ -

144 _____

145 Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz

146 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres
147 Handelns. Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden.
148 Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen
149 Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Wir wollen Opfern von
150 Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen verursacht wurden,
151 zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese
152 Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

153 _____ -

154 _____

155 Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen

156
157 Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in
158 Südasien und Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von
159 Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit
160 Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das wollen wir eindämmen. Dazu
161 begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem Produkt am Markt
162 kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns
163 weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische
164 Prinzipien in den Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche
165 Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, schützt die Biodiversität und
166 unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

167 _____ -

168 _____

_EXOTEN Stellungnahme Exotenpapier (NICHT für das Wahlprogramm)

Gremium: Exoten-AG
Beschlussdatum: 31.03.2017

1 Stellungnahme der BAG Tierschutzpolitik zum 2 Exotenpapier

3 Wir stimmen dem LDK-Beschluss aus Niedersachsen „Haltung von exotischen
4 Wildtieren verbindlich regeln – Kommunen und Tierheime entlasten“ grundsätzlich
5 zu.

6 Wir stellen aber auch fest, dass es neben einer Regelung, die an die
7 Qualifizierung und Prüfung der Halter verbindliche Voraussetzungen knüpft, einer
8 grundsätzlichen und umfassenden gesetzlichen Beschränkung bedarf.

9 Für alle Tiere bedarf es Gutachten zur Haltung, die sich am Best-practice-
10 Prinzip orientieren und in Gesetzesform gegossen werden müssen.

11 Jegliche Regelung muss sich auf alle Wirbeltiere wildlebender Arten beziehen und
12 damit sowohl exotische Arten als auch heimische Arten umfassen.

13 Im Folgenden wollen wir einzelne Punkte konkretisieren:

14 1. Unterscheidung zwischen Hobbyhaltung und professioneller 15 organisierter Haltung zum Zweck der Forschung, Bildung und 16 Arterhaltung im Rahmen eines Arterhaltungsprogrammes

17 Die Hobbyhaltung erfolgt ausschließlich mit Sachkunde und nur Tiere auf einer
18 Positivliste.

19 Kriterien für die Positivliste:

- 20 • Arten müssen ungefährlich für den Menschen sein (Stichwort Gefahrtiere)
- 21 • Arten dürfen in Deutschland in der Natur keine fortpflanzungsfähige
22 Population bilden können, wenn es sich um Arten handelt, die nicht
23 natürlicherweise in Deutschland vorkommen oder vorkamen (Stichwort
24 Faunenverfälschung)
- 25 • für die Arten muss es aufgrund bisheriger Zuchterfahrungen gesicherte
26 Nachzuchten in Europa/Deutschland geben bzw. unproblematisch aufbaubar
27 sein, und zwar in ausreichender Anzahl, um den Bedarf zu decken
- 28 • an die Haltung der Tierarten muss eine Sachkunde¹ gekoppelt sein
- 29 • Anmeldepflicht für die Tiere beim Veterinäramt und Kennzeichnung der Tiere
30 (Microchip/Fotodokumentation etc.) und Registrierung der Tiere und der
31 Tierhalter in einer bundesweit zentralen Datenbank → dadurch wird
32 Sachkunde kontrollierbar (für die Meldung sind immer der vorherige
33 Besitzer und der aktuelle Besitzer verantwortlich)
- 34 • artgerechtes Futter und Haltungsequipment muss im Handel unproblematisch
35 erhältlich sein, beispielsweise schwer erhältliches Futter

36 hochspezialisierter Arten oder ein Aufwand an das Haltungsklima, welches
37 sich legal in normalen Wohnungen nicht umsetzen lässt bzw. mit der
38 Vermieter*in/dem Mietrecht kollidieren kann, sind Kriterien, dass diese
39 nicht auf der Positivliste erscheinen.

- 40 • Mögliche Arten, die danach beispielsweise haltbar wären, sind Bartagamen,
41 Griechische Landschildkröten, Kornnattern. Diese Arten bedeuten aber
42 nicht, dass sie „einfach“ zu halten sind.

43 Für die professionelle organisierte Haltung zum Zweck der Forschung, Bildung und
44 Arterhaltung bedarf es einer Ausnahmegenehmigung.

45 Kriterien für die Ausnahmegenehmigung je nach Tierart:

- 46 • Fachkunde² oder Sachkunde (wenn Sachkunde, dann nur mit höheren
47 Anforderungen im Vergleich zur Hobbyhaltung und behördlicher Genehmigung)
48 in Kombination mit Erfahrungsnachweis
- 49 • Haftung für die Tiere
- 50 • Kennzeichnung (Microchip/Fotodokumentation etc.) und Registrierung in
51 einer zentralen Datenbank
- 52 • Ausnahmegenehmigung muss Tierart, Tierzahl, Geschlecht und Identifikation
53 der Tiere beinhalten
- 54 • Quarantäne
- 55 • doppelt gesicherte ausbruchsichere Haltung
- 56 • muss entsprechend organisiert sein (Definition, welche Organisationen da
57 anerkannt werden)
- 58 • wissenschaftliches/Zuchtinteresse muss gegeben sein, wenn ein
59 Arterhaltungsprogramm für die Tierart besteht, ist eine Mitgliedschaft
60 Voraussetzung

61 2. Tierschutz-Heimtiergesetz

62 Die verbindliche gesetzliche Regelung zur Haltung von exotischen Wildtieren ist
63 dringend nötig. Sie sind aber für uns nur ein Teilschritt. Sie sollten später
64 Bestandteil eines Bundesgesetzes zur Haltung von Heimtieren, dem Tierschutz-
65 Heimtiergesetz, sein, welches zusätzlich auch die Haltung von anderen Tieren im
66 Privatbereich regeln und die gesamten Handlungsrichtlinien und -empfehlungen mit
67 mangelnder Verbindlichkeit ersetzen soll. Da dieses Heimtiergesetz jedoch einen
68 größeren Umfang haben wird und viel politischer Arbeit bedarf, ist es sinnvoll,
69 in Teilschritten voran zu gehen, um diese später zusammenführen zu können.

70 Endnoten

71 1. Sachkunde heißt für uns: Erwerb durch jeden offen, Sachkundelehrgang für zu
72 haltende Tierart durch zertifizierten oder staatlichen Anbieter mit
73 Abschlussprüfung und befristetem Zertifikat, Fortbildungspflicht für Sachkunde
74 nötig, Zuverlässigkeit der Person muss gegeben sein, Unterlagen müssen bei

- 75 Tierkauf und bei Anmeldung des Tieres vorgelegt werden, Verkäufer muss Sachkunde
76 des Käufers dokumentieren.
- 77 2. Fachkunde heißt für uns: Erwerb nur mit beruflicher Qualifikation möglich (z.
78 B. Biolog*in, Tiera(e)rzt*in, Tierpfleger*in), vorhandene Sachkunde für
79 mindestens eine Tierart der selben Tierklasse, Sachkunde für zu haltende Art
80 muss durch Lehrgang oder Ausbildung unter Anleitung einer fachkundigen Person
81 nachgewiesen werden, Antrag mit entsprechenden Unterlagen bei zuständiger
82 Behörde (Veterinäramt oder Naturschutzbehörde) zur befristeten Bestätigung der
83 Genehmigung für Fachkunde stellen, Fortbildungspflicht für befristete
84 Verlängerung nötig.

Begründung

Dies ist das Ergebnis der Exoten-AG innerhalb der BAG Tierschutzpolitik für eine Stellungnahme zum Exotenpapier.

GAP Grüne Eckpunkte für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020 (NICHT für das Wahlprogramm)

Gremium: BAGen Europa, globale Entwicklung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Ökologie

Beschlussdatum: 05.04.2017

1 Wir Grüne stehen für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz und kämpfen für gute
2 Qualität der Böden, sauberes Wasser und reine Luft. Wir machen uns stark für den
3 Schutz der Arten, die auf unserem Planeten leben. Auf diese Grundlage beruht
4 Grüne Agrarpolitik. Verbraucher*innen sind auf gesunde und bezahlbare
5 Nahrungsmittel angewiesen und Bäuer*innen in Europa wie in anderen Ländern auch
6 auf faire Bedingungen am Markt. Daher brauchen wir eine global gerechte
7 Agrarwende hin zu einer ökologischen europäischen Landwirtschaft, die die
8 Vielfalt der Regionen Europas berücksichtigt. Wir wollen eine konsequente
9 Umsetzung der 17 Ziele der Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals).
10 Insbesondere ist die Umsetzung der Ziele nachhaltige Landwirtschaft,
11 verantwortungsvoller Konsum und das Leben auf dem Land für eine europäische
12 nachhaltige und faire Landwirtschaft wichtig.

13 Wir streiten seit langem dafür, bestehende Spielräume für die Agrarwende im
14 Rahmen der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf
15 mitgliedstaatlicher Ebene auszunutzen. Für die GAP nach 2020 fordern wir eine
16 ziel- und leistungsorientierte Förderpolitik, die mit Instrumenten des
17 Fachrechts, der Marktordnung und der Handelspolitik abgestimmt ist. Solch eine
18 Neuausrichtung der GAP muss die gesamte Wertschöpfungskette von den
19 landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion, den Handel und die
20 Verarbeitung bis hin zu den Verbraucher*innen in den Blick nehmen. Unser agrar-
21 und ernährungspolitisches Ziel ist es, alle Menschen mit gesunden Lebensmitteln
22 zu versorgen, die Grenzen unseres Planeten zu respektieren und dabei regionale
23 Wirtschaftspotentiale hier wie außerhalb der EU zu entwickeln.

24 Europas gemeinsame Agrarpolitik wurde eingeführt, um unter anderem eine stabile
25 Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Seit 2003 werden 70
26 Prozent der GAP-Subventionen, also rund 40 Milliarden, über die so genannte 1.
27 Säule als pauschale Flächenprämie an die Betriebe ausgeschüttet. Diese
28 leistungsungebundenen Zahlungen belohnen lediglich Besitz und Größe und
29 verstärken so das ‚Wachsen oder Weichen‘ in der Landwirtschaft. Durch das
30 sogenannte Greening wurde zwar ein Teil der Zahlungen seit 2013 an
31 Umweltleistungen gekoppelt, die Anforderungen wurden jedoch im Zuge der
32 Verhandlungen stark aufgeweicht. Die anderen 30 Prozent des GAP-Budgets werden
33 als leistungsgebundene 2. Säule für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen
34 Raumes und für Klima-, Tier-, Arten- oder Naturschutz verwendet. So entspricht
35 die 2. Säule stärker dem Grundsatz ‚öffentliches Geld für öffentliche Güter‘.
36 Diese Gelder müssen im Gegensatz zu den Direktzahlungen der 1. Säule durch die
37 Bundesländer kofinanziert werden.

38 Auch nach der GAP-Reform von 2013 gingen der dramatische Strukturwandel hin zu
39 immer weniger und immer größeren Betrieben und das Höfesterben in der
40 bäuerlichen Landwirtschaft weiter. Die Ausrichtung der GAP auf
41 Kostenführerschaft und Export erwies sich als Sackgasse für viele Betriebe.
42 Zudem zeigte sich, dass die Maßnahmen zum Schutz des Klimas, des Bodens, der
43 Gewässer und der Arten bei weitem nicht ausreichen. Denn Billigessen ist nur an

44 der Kasse billig. Die Folgekosten der fortschreitende Intensivierung der
45 Landwirtschaft etwa durch Trinkwasseraufbereitung, Sanierung von Gewässern,
46 Naturschutzmaßnahmen zum Ausgleich für die schwindende Artenvielfalt oder Kosten
47 im Gesundheitssystem, tragen nicht die Verursacher*innen sondern die öffentliche
48 Hand. Somit zahlen Steuerzahler*innen dreifach für Lebensmittel: An der
49 Ladentheke, durch Steuergelder im Rahmen der GAP und durch Steuergelder für die
50 externalisierten Kosten industrieller Landwirtschaft. Viele kleine Betriebe
51 hingegen können im Wettbewerb mit der Agrarindustrie oft nicht mithalten –
52 obwohl sie produzieren, was europäische Verbraucher*innen zunehmend nachfragen:
53 regional, saisonal oder bio.

54 Die gemeinsamen Herausforderungen der EU wie beispielsweise die Bekämpfung der
55 Jugendarbeitslosigkeit und der Brexit, durch den die EU einen Nettozahler
56 verlieren wird, erhöhen den Druck auf den EU-Haushalt und somit auch den Druck
57 zu Ausgabenkürzungen im Agrarhaushalt. Für uns ist aber klar: Die europäische
58 Agrarwende braucht die Unterstützung der öffentlichen Hand - allerdings anders
59 als bisher. Landwirt*innen sollen vergütet werden - wenn sie gesellschaftliche
60 Ziele umsetzen, die über den gesetzlichen Standard hinausgehen. In einer Politik
61 unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als unkonditionierte
62 Leistung nicht erhalten bleiben. Um die GAP neu zu legitimieren, soll sie
63 folgende Eckpunkte umfassen.

64 Zehn Eckpunkte für die GAP nach 2020

65 1. Schutz der Artenvielfalt, Gewässer und Böden

66 Monokulturen, Pestizide, ein zu hoher Nährstoffeinsatz, schwere Geräte auf den
67 Äckern und Flächenverbrauch bedrängen unsere Natur besorgniserregend. Die Zahl
68 an ausgestorbenen und bedrohten Arten hat dramatische Ausmaße angenommen.
69 Bisherige Bemühungen um Greening, Förderung von Blühstreifen,
70 Fruchtfolgeauflagen oder integrierter Pflanzenschutz wurden regelmäßig soweit
71 aufgeweicht, dass die Maßnahmen nicht den notwendigen Erfolg gezeigt haben. Eine
72 Ökologisierung der Landwirtschaft soll grundlegende Zielsetzung der GAP sein,
73 damit unsere Landschaft nicht weiter in Schutz- und Schmutzgebiete auseinander
74 driftet. Landwirtschaftliche Flächen müssen gleichzeitig Lebensraum für Vögel,
75 Insekten und Wildkräuter sein. Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der
76 natürlichen Bodenfruchtbarkeit und Gewässerreinigung müssen honoriert werden.
77 Es müssen deutliche Regeln für den Verzicht auf Pestizide, für weniger
78 Nährstoffeinsatz, Fruchtfolgen und natürliche Flächen wie zum Beispiel
79 Gewässerrand- oder Blühstreifen sowie Hecken gesetzt werden.

80 2. Klimaschutz

81 18 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgase werden in der
82 Landwirtschaft erzeugt. Die industrielle Tierhaltung verursacht große Mengen
83 klimaschädlicher Gase wie Lachgas und Methan. Zudem setzen großflächige
84 Urwaldabholzung für Futtersoja und Palmöl, die Zerstörung von Moorböden und der
85 Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger in der Agrarwirtschaft große Mengen
86 an Treibhausgasen frei. Politisch muss deshalb die gentechnikfreie
87 Futtermittelerzeugung vor Ort, der Schutz von Wäldern, Mooren und
88 klimaschützender Ackerbau ohne CO₂-intensive Inputs unterstützt werden. Eine
89 artgerechte Haltung und Fütterung - allen voran die Weidehaltung - von Tieren
90 ist nicht nur tiergerechter, sondern auch klimaschonender. Massentierhaltung
91 muss beendet werden. Die Tierhaltung muss flächengebunden an die naturräumlichen

92 Voraussetzungen angepasst werden - dort, wo das Futter von weit her gekarrt
93 werden muss, sollten weniger Tiere gehalten werden.

94 3. Tierschutz

95 Die rasante Veränderung landwirtschaftlicher Betriebe hat in den letzten
96 Jahrzehnten zu großem Tierleid geführt. Es sind Haltungsformen und Zuchtlinien
97 entstanden, die ethisch nicht tolerierbar sind. Zudem wird die Erhaltung
98 vielfältiger und regional angepasster Tierrassen, der Beitrag von Tieren zu
99 Kulturlandschaften und die biodiversitätsfördernde und besonders tiergerechte
100 Beweidung nicht ausreichend honoriert. Den Umbau zu einer gesellschaftlich
101 akzeptierten Tierhaltung soll ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden. Wir
102 fordern deshalb, die GAP-Mittel verstärkt für den Umbau der Tierhaltung und die
103 Honorierung von besonders artgerechten und biodiversitätsfördernden
104 Haltungsformen einzusetzen. Für ein tiergerechtes Umbauprogramm müssen über die
105 GAP hinaus auch Gelder auf nationaler Ebene generiert werden, um die Veränderung
106 bei tierhaltenden Betrieben als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu
107 bewerkstelligen.

108 4. Ausbau ökologischer Landwirtschaft

109 Wir wollen den ökologischen Landbau fördern. Denn die ökologische Landwirtschaft
110 erfüllt durch ihr Kreislaufdenken und ihren Verzicht auf Pestizide und
111 Kunstdünger den höchsten Standard im Hinblick auf den Schutz von Wasser, Boden,
112 Luft und Klima. Biolebensmittel weisen zudem deutlich weniger Rückstände von
113 Pestiziden und Antibiotika auf und sind daher gesünder. Dieser Goldstandard muss
114 besonders gefördert werden, denn er ist Vision, Vordenker und Innovator für eine
115 vielfältige und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft. Durch gezielte
116 Hilfen soll die Zahl von Biobetrieben maßgeblich gesteigert werden.

117 5. Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft

118 Ausdrücklich räumen wir der Arbeit in der Landwirtschaft einen besonderen
119 Stellenwert ein. Denn die ökologische Verantwortung für die Natur, die
120 ökonomische Verantwortung für den Lebensunterhalt und die regionale
121 Verantwortung der Vertriebswege stellen hohe Anforderungen. Kleinere Betriebe
122 wirtschaften zwar nicht automatisch ökologischer, erfüllen so aber wichtige
123 Funktionen für ländliche Räume. Wir wollen die Vielfalt der Betriebe erhalten
124 und die Betriebe unterstützen, die durch eine ökologische Anbauweise und durch
125 artgerechte, kreislaufbasierte Tierhaltung die Umwelt schützen, anstatt sie zu
126 belasten. Der bäuerliche Beruf soll wieder eine Zukunftsperspektive auch für den
127 Nachwuchs werden.

128 Aufwendige, bürokratische Anträge und eine ungebundene Flächenprämie helfen
129 großen, intensiven Betrieben. Daher ist es besonders wichtig, die bürokratischen
130 Anforderungen der Gelder der 2. Säule zu senken, um Naturschutzmaßnahmen
131 beispielsweise auch in Mittel- und Osteuropa leichter umsetzbar zu machen.
132 Naturschutz wird auch dann eher umgesetzt, wenn die Pacht für die Flächen
133 niedrig ist. Dem widerspricht aber die Logik der 1. Säule, die die Pachten
134 derzeit in die Höhe treibt. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss die
135 Gemeinsame Marktordnung eine zentralere Position im Rahmen der GAP einnehmen und
136 wirksame Kriseninstrumente zum Beispiel zur Mengenregulierung bei
137 Milchmarktkrisen beinhalten. Diese sozial- und agrarpolitische Maßnahmen
138 betreffen die gesamte Wertschöpfungskette, in der Bäuer*innen gegenüber dem

139 vorgelagerten Bereich, der Lebensmittelverarbeitung und dem Handel sowie der
140 Aufbau lokaler Märkte gestärkt werden müssen.

141 6. Wissenschaft, Beratung, Bildung und Information

142 Für die Entwicklung hin zu einer ökologischen und artgerechten Landwirtschaft
143 müssen Wissenschaft und Forschung viel mehr auf den Schutz von Boden, Wasser,
144 Artenschutz, Klima und Tiere abzielen. Dazu muss die Forschungsförderung auf
145 diese Fragestellungen ausgerichtet und der Wissenstransfer in die Praxis
146 gewährleistet werden. Eine fortschrittliche nachhaltige Landwirtschaft kann nur
147 durch umfassende Beratung entlang der gesamten Wertschöpfungskette erreicht
148 werden. In Ausbildung und Studium muss der ökologischen Landwirtschaft sowie
149 agroökologischen Wirtschaftsweisen einen wesentlich höheren Stellenwert
150 eingeräumt werden. Das Wissen über landwirtschaftliche Produktionsprozesse und
151 über gesunde Ernährung nimmt ab und damit auch die Wertschätzung von
152 landwirtschaftlicher Arbeit und Erzeugnissen. Eine umfassende Ernährungsbildung
153 in Kitas und Schulen kann die Menschen bei der Entscheidung für das richtige
154 Lebensmittel unterstützen.

155 7. Regionale Wirtschaft in ländlichen Regionen

156 Viele ländliche Regionen Europas stehen durch den Strukturwandel in der
157 Landwirtschaft vor großen Herausforderungen. Qualifizierte Arbeitsplätze gehen
158 zunehmend verloren, junge Menschen zieht es in die Städte und ganze Landstriche
159 drohen zu veröden. Andere ländliche Regionen Europas wie beispielsweise Teile
160 Rumäniens und Bulgariens besitzen noch viel Entwicklungspotential in der
161 Landwirtschaft. Um ländlichen Regionen hier Perspektiven zu eröffnen, müssen die
162 Gelder der GAP auch dazu beitragen, regionale Wirtschaftspotentiale zu
163 entwickeln. So kann etwa die Gründung von Regionalmarken Verbraucher*innen für
164 den heimischen Markt gewinnen. Wichtig dafür sind jedoch hohe Standards, damit
165 Verbraucher*innen bei Regionalität auf gute Qualität und ökologische Erzeugung
166 schließen können. Ein Schwerpunkt soll dabei auf dem Auf- und Ausbau regionaler
167 Wertschöpfungsketten, regionaler (Direkt-)Vermarktung und handwerklicher
168 Lebensmittelverarbeitung liegen. Wie die aktuellen positiven Entwicklungen in
169 der Biobranche und bei den Direktvermarktern zeigen, hat Grüne Politik hier
170 schon Gewinner erzeugt. Neue Modelle der Stadt-Land-Kooperationen wie die
171 solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte können jungen Menschen auf dem
172 Land eine Zukunft eröffnen und Menschen in der Stadt regionale Lebensmittel
173 liefern. Wir wollen den ländlichen Raum bei der Wertschöpfung der
174 Lebensmittelbranche maßgeblich beteiligen und ländliche Räume mit ihren
175 spezifischen Traditionen und Kulturlandschaften unterstützen.

176 8. Transparente Kennzeichnung

177 Wir wollen eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln, um die Agrarwende zu
178 beschleunigen. Das Bio-Siegel bietet eine eindeutige Orientierung an der
179 Ladentheke, die die ökologische Landwirtschaft unterstützt. Wir fordern nach
180 diesem Vorbild eine transparente und eindeutige Kennzeichnung für alle
181 Lebensmittel, die Verbraucher*innen Klarheit über Herkunft und Herstellungsweise
182 der Produkte bringt. In ganz besonderem Maße gilt dies für den Bereich der
183 verarbeiteten Produkte: Hier müssen klare Herkunftskennzeichnungen und
184 eindeutige Angaben zur Art der Erzeugung her, damit Verbraucher*innen eine
185 bewusste Kaufentscheidung treffen können. Damit schaffen wir mehr Transparenz,
186 mehr Konsumentensouveränität und auch mehr Lebensmittelsicherheit. Dabei sollen

187 kleinere Betriebe nicht mehr belastet werden als hochtechnisierte Großbetriebe.
188 Wir wollen eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung schaffen und setzen uns
189 ein für eine klarere Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln.
190 Zur Agrarwende gehört für uns auch, die Lebensmittelverschwendung entlang der
191 gesamten Warenkette durch verbindliche Ziele ebenso wie die Verpackungsflut
192 begrenzen.

193 9. Agenda 2030 und SDG 2 konsequent umsetzen

194 Das Menschenrecht auf Nahrung muss global gesichert werden. Die globale
195 Agrarwende und der Kampf gegen Hunger und Mangelernährung weltweit gehören
196 zusammen gedacht. Denn die intensive europäische Landwirtschaft hat enorme
197 Auswirkungen auf die Ernährungssicherung und die Ernährungssouveränität in den
198 Ländern des globalen Südens. Entsprechend darf auch die GAP dem Grundsatz-
199 Artikel 208 im Vertrag von Lissabon nicht widersprechen. Was durch
200 Entwicklungsprogramme in anderen Ländern aufgebaut wird, darf nicht durch die
201 negativen Folgen anderer Politikbereiche wieder zurück geworfen werden. Egal ob
202 Saatgut, Düngemittel oder Pestizide - immer weniger Konzerne bestimmen in immer
203 größerem Maße den Agrarsektor. Das schadet sowohl bäuerlichen Betrieben hier in
204 Europa als auch Kleinbäuer*innen weltweit. EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreise
205 dürfen nicht die Märkte Afrikas, Asiens und Latein-Amerikas überfluten und so
206 die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zerstören. Unsere im Überschuss
207 hergestellten billigen Lebensmittel zwingen bei uns und in anderen Ländern
208 Bäuer*innen zur Betriebsaufgabe oder nehmen ihnen zumindest Entwicklungschancen.
209 Unser Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den
210 Ländern des globalen Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau
211 ihrer Lebensmittel fehlen.

212 Für die nächste GAP-Reform erwarten wir von der EU-Kommission mehr als
213 Lippenbekenntnisse zur Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen. Die EU muss
214 zum Ziel haben, Kleinbäuer*innen in den Ländern des Globalen Südens dabei zu
215 unterstützen, mit agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und
216 regionale Märkte herzustellen und so zur Ernährungssicherung beizutragen.
217 Gleichzeitig müssen die Länder auch stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten
218 für die wachsenden städtischen Märkte und den Export unterstützt werden, um zur
219 Entwicklung der Länder beizutragen. Mittels eines Beschwerdemechanismus muss
220 sichergestellt werden, dass Fällen unerwünschter Auswirkungen der GAP auch
221 nachgegangen wird, auch wenn bestehende handelsrechtliche Kategorien wie Dumping
222 nicht erfasst werden. In der Verordnung zur GAP sollte auch ein systematisches
223 Monitoring der externen Auswirkungen eingeführt werden. Diese Verantwortung darf
224 die Kommission nicht auf Dritte wie Forschungsinstitute oder NGOs abwälzen.

225 10. Fairer Agrarwelthandel

226 Wir fordern Handelsabkommen, die hohe Standards schützen, Möglichkeiten der
227 Weiterentwicklung bieten und Anreize dafür schaffen. Regionale, nachhaltige
228 Landwirtschaft darf durch Agrarhandel nicht gefährdet werden - weder in der EU
229 noch anderswo. Die transatlantischen Abkommen gefährden bäuerliche Betriebe und
230 bedrohen Umwelt- und Verbraucherstandards. Der Abschluss von CETA ermöglicht,
231 dass TTIP quasi durch die Hintertür angewendet wird. Die Interessen großer
232 Konzerne wie große Molkereien und Foodmultis stehen dabei über den Interessen
233 des Gemeinwohls. Die Möglichkeit des Importes gentechnisch veränderter Pflanzen
234 oder geklonter Tiere nach Europa muss unterbunden werden. Die Art der

235 Herstellung, Verarbeitung und Kennzeichnung von Lebensmitteln muss demokratisch
236 und nicht vor Schiedsgerichten entschieden werden. Global und regional müssen
237 wir faire und nachhaltige Spielregeln im Agrarhandel schaffen. Dazu gehört auch,
238 die Länder des Globalen Südens nicht durch Handelsabkommen zur Öffnung ihrer
239 Agrarmärkte zu zwingen und sie beim Aufbau von Wertschöpfung und Erfüllung von
240 Produktstandards zu unterstützen.

241 Für eine Neuausrichtung der GAP nach 2020

242 Für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz, die Qualität der Böden, des Wassers
243 und der Luft sowie den Schutz der Arten und Tiere unseres Planeten brauchen wir
244 eine Neuausrichtung der Europäischen Agrarpolitik. Auch weil der Druck auf den
245 EU-Haushalt steigt, muss sich die GAP neu legitimieren. Dabei steht für uns aber
246 fest, dass die europäische Agrarwende öffentliche Mittel braucht. Denn nur so
247 erreichen wir den Umbau hin zu einer ökologischen und tiergerechten europäischen
248 Landwirtschaft, die den Bäuer*innen in Europa und in sich entwickelnden Ländern
249 faire Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und gesundes und bezahlbares
250 Essen produziert.

251 Wir fordern eine transparente, ziel- und leistungsorientierte Förderpolitik, die
252 gesellschaftliche Ziele, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung
253 und einer fairen Handelspolitik abgestimmt ist und das Nachhaltigkeitsziel 2 der
254 Agenda 2030 umsetzt. Durch ein systematisches Monitoring sollen die externen
255 Effekte der GAP überprüft werden. Alle staatlichen Unterstützungsmaßnahmen
256 müssen offengelegt und für alle sichtbar sein. Der Übergang zu einer neuen
257 Förderlandschaft erfordert Zeit und Planungssicherheit, um Landwirt*innen eine
258 Umstellung zu ermöglichen. Solch eine Neuausrichtung der GAP muss die gesamte
259 Wertschöpfungskette von den landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion,
260 den Handel und die Verarbeitung bis hin zu den Verbraucher*innen in den Blick
261 nehmen. So erhöht sich die Akzeptanz der GAP und verbessern sich die
262 Perspektiven der ländlichen Räume.